

Diese Zeitung erscheint jede Woche, Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.4 Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Geschäftsrate und Privatangelegenheiten pro 3 gepaltene Kolonnen-Zeile oder deren Raum 2 A, Arbeitsmarkt und Zahlstellen-Inserate pro Zeile 50

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Drey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, 3. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Die Industrie in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Industriezählungen, welche in den Vereinigten Staaten von Amerika bis 1900 in 10-jährigen Zeiträumen durchgeführt wurden und von nun an alle 5 Jahre stattfinden sollen, sind für die Kenntnis der wirtschaftlichen Zustände sehr wichtig. Sie zeigen uns ein Bild erstaunlich rascher Entwicklung. Der schnelle Aufschwung der Union zum Industrieland hat in verschiedenen Verhältnissen seine Begründung ungehindert von der alten Ordnung der Dinge, hat sich die Volkswirtschaft entfalten können. Die Amerikaner haben an keinen hergebrachten Produktionsmethoden festgehalten, wie es in Europa vielfach der Fall gewesen ist. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind die natürlichen Reichtümer des Landes, sowie seine günstigen Verkehrsverhältnisse. Während bis zum Jahre 1880 die Landwirtschaft die hauptsächlichste Quelle des Wohlstandes in den Vereinigten Staaten war, übertraf schon bei der Zählung von 1890 der Wert der industriellen jenen der landwirtschaftlichen Produktion.

In den folgenden Uebersichten wird eine gedrängte Darstellung der Ergebnisse der amerikanischen Industriezählungen von 1900 und 1905 geboten; die Angaben haben auf das der Zählung vorangegangene Kalenderjahr Bezug. Die Zählungseinheit bildet die Unternehmung, als welche ein Betrieb oder mehrere Betriebe zu verstehen sind, die in einem Inhaber gehören, in derselben Grabschaft oder demselben Ort liegen und Produkte einer Industrie erzeugen. In den Fällen, wo es unmöglich war, in einer Anlage vereinigte verschiedene Industrien zu scheiden, wurde die Anlage ebenfalls als eine Unternehmung betrachtet und der Industrie zugerechnet, die nach dem Produktwert beurteilt die wichtigste war. Ausgeschlossen sind der Bergwerksbetrieb, Gärtnerei und Fischerei, ferner die sogenannte Nachbarschaftsindustrie (besonders die Baugewerbe), welche lediglich dem örtlichen Bedarf dient, endlich die reine Kundenarbeit, die nur auf Bestellung seitens der unmittelbaren Konsumenten ausgeführt wird.

Die Zahl der industriellen Unternehmungen im eigentlichen Sinne vermehrte sich in dem zwischen den beiden letzten Zählungen liegenden Jahrzehnt von 207 562 auf 216 262 (Zunahme 4,2 Prozent), das angelegte Kapital stieg aber von 8 979 Millionen auf 12 686 Millionen Dollar (oder um 41,3 Prozent). Bedeutend war die Zunahme der Angestellten von 364 202 auf 519 751 (42,7 Prozent), sowie die Steigerung der Jahressumme ihrer Gehälter von 381 Millionen auf 575 Millionen Dollar (50,9 Prozent), während sich die Zahl der Lohnarbeiter von 4 715 023 auf 5 470 321 vermehrte (oder um 16 Prozent); die Lohnsumme stieg von 2010 Millionen auf 2612 Millionen Dollar (das ist um 29,9 Prozent), die Kosten der verwendeten Materialien stiegen von 6 578 Millionen auf 8 504 Millionen Dollar (29,3 Prozent), die verschiedenen Ausgaben von 906 Millionen auf 1455 Millionen Dollar (60,7 Prozent). Der Jahresproduktwert erfuhr eine Steigerung von 11 411 Millionen auf 14 802 Millionen Dollar (29,7 Prozent). Die Größenverschiedenheit der Unternehmungen ist in dem vorliegenden amtlichen Bericht an der Höhe des jährlichen Produktwertes gemessen. Die Zahl aller Unternehmungen mit einem bestimmten Produktwert, die Zahl der darin tätigen Lohnarbeiter und die Summe des Produktwertes der Unternehmungen jeder Gruppe ist im Nachstehenden dargestellt.

Höhe des Jahresproduktwertes einer Unternehmung	Unternehmungen		Lohnarbeiter		Jahresproduktwert	
	Zahl	Proz.	Zahl	Proz.	Mill. Doll.	Proz.
Weniger als 5000 Dollar	71 162	32,9	106 366	1,9	176,2	1,2
5000 bis 20 000 Dollar	72 806	33,7	419 566	7,7	751,2	5,1
20 000-100 000 Dollar	48 114	22,2	1 027 721	18,8	2 181,2	14,4
100 000 bis 1 000 000 Doll.	22 281	10,3	2 537 548	46,4	6 116,3	41,3
1 Mill. Dollar oder mehr	1 890	0,9	1 379 120	25,2	5 627,2	38,0
Zusammen	216 262	100,0	5 470 321	100,0	14 802,1	100,0

Die beiden zuerst angeführten Kategorien von Unternehmungen (mit weniger als 5000 Dollar und 5000 bis 20 000 Dollar Jahresproduktwert) sind der Zahl nach fast gleich stark vertreten, sie bilden zusammen zwei Drittel von allen. Die größeren Unternehmungen — mit über 20 000 Dollar Produktwert — sind erheblich in der Minderezahl, aber auf sie entfallen mehr als neun Zehntel der Lohnarbeiter und nahezu 94 Prozent des Produktwertes aller Unternehmungen.

Für die einzelnen Industrien liegen diesbezügliche Angaben noch nicht vor. Motorische Antriebskraft wurde in 134 520 im Jahre 1905 gezählten Industrie-Unternehmungen verwendet. Die Zahl der Pferdekraften der verschiedenen Arten von Motoren betrug 1905 und 1900:

	1905	1900	Zunahme in Proz.
Eigene Dampfmasch.	10 664 560	8 140 533	31,0
Gasmotoren	289 514	134 742	114,9
Wassermotoren	1 647 969	1 454 229	13,3
Elektromotoren	1 133 208	310 661	266,4
Andere Motoren	91 784	49 985	83,6
Gemietete Kraft	632 905	316 475	98,1
Zusammen	14 464 940	10 409 625	39,0

Anschließend an diese allgemeinen Bemerkungen sollen noch einige Industrien ausführlicher behandelt werden, und zwar die chemische Industrie, die Papierfabrikation und Holzstoffherzeugung, die Ziegelfabrikation und die Rübenzuckerindustrie.

Die chemische Industrie umfaßt die Erzeugung von Säuren, Soda, Pottasche, Alaun, Teerprodukten, Cyaniden, Bleichmaterialien, Farbstoffen, Farben und Lacken, Gießmaterialien, Kunstdünger, Explosivstoffen, ätherischen Ölen, Gasen* und andern Chemikalien. Ueber den Umfang dieser Industriezweige im ganzen unterrichtet die folgende Tabelle:

	1905	1900	Zunahme in Proz.
Unternehmungen	1 786	1 691	5,6
Beschäft. Angestellte im Jahresdurchschnitt	11 147	8 602	29,6
dabon männl. Lohnarb. im Alter von 16 J. und darüber	59 198	46 700	26,8
weibl. Lohnarb. im Alter von 16 J. und darüber	56 678	44 574	27,2
Kinder unter 16 Jahren	2 362	1 949	21,2
	158	177	—
Angelegtes Kapital	324	238	35,9
Jahressumme der Gehälter	15	11	32,4
Wohne Löhne	30	22	35,5
Materialkosten und versch. Ausgaben	203	139	46,0
Jahresproduktwert	282	202	39,3

Die Entwicklung zum Großbetrieb kommt darin klar zum Ausdruck, daß die Zahl der Unternehmungen in viel geringerer Maße zunahm, als die Zahl der Beschäftigten, der Betrag des angelegten Kapitals und der Wert der erzeugten Produkte. Die Zahl der Angestellten ist im Verhältnis zur Zahl der Lohnarbeiter sehr groß; die Summe ihrer Gehälter ist halb so hoch als die Summe der Löhne der ungefähr sechsmal so zahlreichen Arbeiter. Die Frauen- und Kinderarbeit ist nicht umfangreich; in den meisten Unternehmungen werden Kinder unter 16 Jahren nicht beschäftigt, teils weil sie die Arbeit nicht zu leisten vermöchten, teils weil Gesetze die Beschäftigung in gesundheitsgefährlichen Industrien vor dem vollendeten 16. Lebensjahr verbieten. Die Lohnarbeiterinnen nahmen im Verlauf des Jahrzehnts absolut nur wenig zu.

Die in der Statistik ausgewiesenen Produktionskosten aller 1786 Unternehmungen sind um rund 34 Millionen Dollar geringer, als der Wert der im letzten Industriezählungsjahre erzeugten Produkte. Die Differenz bildet zwar nicht reinen Geschäftsgewinn, da auf Erneuerung der Anlagen und Maschinen, Betriebsverluste und dergleichen nicht Bedacht genommen ist, doch darf man als sicher annehmen, daß mehr wie die Hälfte der 34 Millionen Dollar Unternehmerprofit darstellt.

Von allen Unternehmungen der chemischen Industrie kamen 1905 auf die Erzeugung von Farben und Lacken 664, auf die Erzeugung von Kunstdünger 400, auf die Erzeugung von Explosivstoffen 124, auf die Erzeugung ätherischer Öle 52, auf die Erzeugung von Farbstoffen und Extrakten 98, auf die sonstige chemische Industrie 448. Die Zahl der Lohnarbeiter ist in der letztgenannten Gewerbegruppe am höchsten gewesen (24 525); in der Erzeugung von Kunstdünger waren 14 202 Lohnarbeiter tätig, in der Erzeugung von Farben und Lacken 11 833 usw. — Von den Bundesstaaten der Union weist Pennsylvania die meisten Unternehmungen der chemischen Industrie auf, und zwar 315; dann folgen New-York mit 264, New-Jersey mit 144, Ohio mit 128, Illinois mit 89, Massachusetts mit 77, Georgia mit 75 Unternehmungen usw. In den West- und Südstaaten ist diese Industrie noch nicht stark entwickelt, doch besteht Aussicht, daß sie sich im Süden bald ausbreiten wird, da die nötigen Rohprodukte und auch billige Arbeitskräfte dort

* Ausgenommen Leucht- und Feiggas.

vorhanden sind. Gerade die billigen Arbeitskräfte haben schon in andern Industrien viel beigetragen, daß sie in die Südstaaten verpflanzt wurden; es sei als Beispiel nur die Baumwollindustrie genannt.

Ueber die Verwendung motorischer Kräfte in den wichtigsten Zweigen der chemischen Industrie gibt pro 1905 die nächste Tabelle Auskunft.

Industriezweige	Zahl der Unternehmungen mit Motoren	Zahl der Pferdekraften der verwend. Motore
Erzeugung von Chemikalien	237	140 372
Farben	402	42 148
Lacken	107	4 030
Kunstdünger	350	50 986
Explosivstoffen	123	37 554
Farbstoffen usw.	79	18 310
Säuren	31	5 241
Holzdestillation	112	4 634
Erzeugung von ätherischen Ölen	34	849

Die Papier- und Holzstofffabrikation ist in den Vereinigten Staaten eine sehr wichtige Industrie; im Jahre 1905 wurden 761 Unternehmungen mit 3778 Angestellten und 65 964 Lohnarbeitern gezählt, gegen 763 Unternehmungen mit 2935 Angestellten und 49 646 Lohnarbeitern fünf Jahre vorher. Die Zahl der Unternehmungen ging um zwei zurück, die Zahl der Angestellten vermehrte sich um 28,7 Prozent, jene der Lohnarbeiter um 32,9 Prozent. Unter den Lohnarbeitern befanden sich im Jahresdurchschnitt 1905 56 827 männliche Personen im Alter von 16 Jahren und darüber (gegen 41 547 1900), 8 882 Arbeiterinnen im Alter von 16 Jahren und darüber (1900 7 930) und 255 Kinder unter 16 Jahren (1900 169); die Arbeiter vermehrten sich in dem Jahrzehnt um 36,8 Prozent, die Arbeiterinnen um 12 Prozent und die Kinder um 50,9 Prozent. Verhältnismäßig ist die Zunahme der beschäftigten Kinder sehr groß, die absolute Zunahme betrug aber nur 86. — Das angelegte Kapital aller Unternehmungen machte 1905 277 Millionen Dollar aus, gegen 167 Millionen Dollar 1900 (Zunahme 65,6 Prozent), der Jahresproduktwert stellte sich 1905 auf 189 Millionen Dollar, gegen 127 Millionen Dollar 1900 (Steigerung 61,3 Prozent). Die in der Statistik verzeichneten Produktionskosten verteilen sich in nachstehender Weise:

	1905	1900	Steigerung in Proz.
Gehälter der Angestellten	6	4 1/2	35,5
Wohne der Arbeiter	32	21	54,3
Materialkosten	111	70 1/2	57,7
Verschiedene Ausgaben	16 1/2	10	61,4

Der Umstand, daß die Jahressummen der Gehälter und Löhne beträchtlicher stiegen als die Zahl der Angestellten und Arbeiter, läßt auf eine Erhöhung der individuellen Löhne schließen, obwohl diese Aufgaben zur Beurteilung der Lohnhöhe selbst aus mancherlei Gründen unbrauchbar sind. (Wir berichten über die Löhne in den Vereinigten Staaten in einem weiteren Artikel.) In der chemischen Industrie tritt die gleiche Tatsache hervor.

Die Differenz zwischen den ausgewiesenen Produktionskosten und dem Produktwert ist in der Papierfabrikation absolut und relativ geringer als in der chemischen Industrie.

Die Zahl der Papierfabriken ist in New-York am größten; sie betrug hier im Jahre 1905 177 mit 12 418 Lohnarbeitern. In Massachusetts befanden sich 87 Unternehmungen mit 11 705 Arbeitern, in Pennsylvania 65 Unternehmungen mit 5909 Arbeitern, in Wisconsin 52 Unternehmungen mit 6338 Arbeitern, in Maine 37 Unternehmungen mit 7574 Arbeitern; in keinem der andern Staaten waren im Jahresdurchschnitt über 4000 Arbeiter in der Papierfabrikation tätig.

In den 761 Unternehmungen fanden Motoren mit zusammen 1 122 564 Pferdekraften in Verwendung (gegen 764 874 Pferdekraften im Jahre 1900). Die Zahl der in Gebrauch befindlichen Papiermaschinen stieg von 1232 auf 1367.

Ziegelfabrikation.

Die Ziegerei-Unternehmungen verminderten sich von 5423 1900 auf 4634 1905; ihr angelegtes Kapital stieg aber von 82 Millionen auf 120 Millionen Dollar — fast um die Hälfte —, die Zahl der Angestellten nahm von 2426 auf 3690 zu und die Zahl der Lohnarbeiter von 61 979 auf 66 021 (6,5 Prozent), also weit langsamer als in den beiden früher behandelten Industrien. Von den im Durchschnitt des letzten Zählungsjahres beschäftigten Lohnarbeitern waren 64 612 männliche und 36 weibliche Personen im Alter von 16 Jahren und darüber, 1373 waren Kinder unter 16 Jahren (1900 59 956 männliche und 76 weibliche Personen im Alter von 16 Jahren und darüber, 1947 Kinder). Die Frauen-

Arbeit ist ganz belanglos und auch die Kinderarbeit nimmt erfreulicherweise ab. Die Fluktuation der in Ziegelfabriken beschäftigten Arbeiter ist groß; die Zahl der Arbeiter über 16 Jahre schwankte zwischen 25 431 im Januar und 24 903 im August des letzten Berichtsjahres, die Zahl der Kinder zwischen 307 im Januar und 2875 im Juli.

An Gehältern wurden 1905 3 1/2 Millionen Dollar ausgezahlt (1900 2 Millionen), an Arbeitslöhnen 28 1/2 Millionen (1900 22 Millionen), die Materialkosten betrugen 16 1/2 Millionen Dollar (1900 11 Millionen), die verschiedenen Ausgaben 7 Millionen Dollar (1900 3 1/2 Millionen). Der Produktwert stieg von 51 Millionen Dollar 1900 auf 71 Millionen Dollar 1905. Motore mit zusammen 246 200 Pferdekraften fanden 1905 in 4 113 Unternehmungen in Verwendung.

Die meisten Unternehmungen mit der größten Zahl der Arbeiter sind in den nordatlantischen und den östlichen Zentralstaaten gelegen. 1905 wurden gezählt:

Im Staat	Zähler	Unternehmungen mit	Arbeitslöhnen
Illinois	435	5463	3335
Indiana	392	"	2633
Iowa	302	"	6737
Neu-York	192	"	6244
Ohio	560	"	6173
Pennsylvanien	370	"	"

In allen andern Staaten waren im Jahresdurchschnitt weniger als je 2500 Ziegelfabrikanten beschäftigt.

Die Rübenguckerfabrikation

ist in den Vereinigten Staaten von untergeordneter Bedeutung. Ihr Umfang gestaltete sich 1905 und 1900 wie folgt:

	1905	1900	Zunahme in Proz.
Zahl der Unternehmungen	51	30	70
Angeheulerten	763	350	118
Lohnarbeiter	3963	1970	101
Millionen Dollar			
Angelegtes Kapital	55,9	20,1	178
Jahressumme der Gehälter	1,0	0,4	182
Löhne	2,5	1,1	128
Kosten der Materialien	14,5	4,8	202
Verfälschte Ausgaben	2,0	0,4	353
Jahresproduktwert	24,4	7,3	233

Der in den fünf Jahren erfolgte Aufschwung dieser Industrie war sehr rasch, denn die Zahl der im Jahresdurchschnitt Beschäftigten hat sich mehr als verdoppelt, der Produktwert mehr als verdreifacht. — Unter den Lohnarbeitern befanden sich 1905 bloß 10 weibliche Personen im Alter von mehr als 16 Jahren und 25 Kinder unter 16 Jahren. Die Staaten Michigan und Kalifornien stehen unter allen Rübengucker produzierenden Staaten obenan; 1905 waren in Michigan im Jahresdurchschnitt 1211 Arbeiter und in Kalifornien 614 Arbeiter tätig. Alle Unternehmungen verwendeten Motore mit zusammen 40 187 Pferdekraften.

Die im Herbst 1907 eingetretene Wirtschaftskrise hat die Industrie der Vereinigten Staaten schwer betroffen und vielfach zu Betriebsstillsetzungen Anlaß gegeben. Doch ist der Rückschlag nur ein zeitweiser und die Industrie wird sich auch in Zukunft ausbreiten, voraussichtlich aber nicht gar so rasch, wie in den fünf Jahren, die zwischen den beiden letzten Industriestillsetzungen verfloßen.

Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907.

III.

Die Aussperrungen.

Die Zahl der Aussperrungen stieg im Jahre 1907 zu dem insgesamt stattgefundenen Kämpfen in dem fast gleichen prozentualen Verhältnis wie 1906. Eine wesentliche Veränderung gegen das Vorjahr hat nicht stattgefunden. Gleich wie die übrigen Kämpfe, so haben auch die Aussperrungen in der Anzahl eine Verminderung erfahren. Es fanden statt 328 Aussperrungen gegen 421 im Jahre 1906, also eine Verminderung um 23,3 Prozent. In welchem Maße sich das Verhältnis der Aussperrungen zu den gesamten Arbeitskämpfen in den Jahren 1900—1907 entwickelt hat, darüber gibt nachstehende Aufstellung Aufschluß.

Es haben stattgefunden:

Jahr	Arbeitskämpfe über- haupt	Davon waren Aus- sperrungen	Von 100 Arbeitskämpfen waren Aus- sperrungen
1900	852	46	5,4
1901	727	35	4,8
1902	861	56	6,5
1903	1232	82	6,6
1904	1525	112	7,3
1905	2223	253	11,4
1906	3450	421	12,2
1907	3792	328	8,6

Wesentlich anders liegt es jedoch mit der Zahl der von den Aussperrungen betroffenen Personen. Während 1906 von den Aussperrungen 23 556 Personen betroffen wurden, betrafen sie 1907 die Aussperrungen auf 104 738 Personen. Auch der Anstieg der Aussperrungen hat sich die Zahl der Angeheulerten um 11 382 vermehrt. Im Jahre 1906 entfiel auf jede Aussperrung im Durchschnitt 222 Betroffene, 1907 dagegen 324. An den Aussperrungen waren 37 Verbände beteiligt. Am schwersten betroffen von den Aussperrungen wurden die Verbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Bauern und Schneider. Diese vier Verbände hatten allein 149 Aussperrungen mit 64 644 daran Beteiligten zu befehlen. Für 103 588 der Aussperrten konnte der Verlust an Arbeitszeit und der Verlust an Verdienst festge- stellt werden. Es betrug der Verlust an Arbeitszeit 2 374 172 Tage, der Verlust an Verdienst 11 172 886 Mk. Die Gesamtausgabe für die Durchführung der Aussperrungen betrug sich auf 6 147 079 Mk. (1906: 6 515 079 Mk.), das

sind 49,7 Prozent der insgesamt für die Kämpfe ausgegebenen Summe. Auf jeden Aussperrten entfiel durchschnittlich eine Unterstützungssumme von 58,69 Mk. (1906: 56,90 Mk.), während der Anteil an den Gesamtausgaben für die Kämpfe insgesamt für jeden Beteiligten 43,99 Mk. beträgt.

Wie im Vorjahre, so ist auch im Jahre 1907 von den Unternehmern sowohl absolut, wie prozentual die größte Zahl an Aussperrungen verhängt worden nicht im Verlauf eines Angriffs- oder Abwehrstreits, sondern wegen Differenzen über Lohnhöhe und Arbeitszeit, ohne daß es wegen dieser Differenzen zu einem Streik der Arbeiter gekommen war. Dieses Gebaren zeigt so recht das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer. Die Zahl dieser Aussperrungen betrug 113 = 35 Prozent der gesamten Aussperrungen. An diesen Aussperrungen waren beteiligt 43 165 = 41,2 Prozent der Beteiligten insgesamt. In 41 Fällen versuchten die Unternehmer, Angriffstreits der Arbeiter durch Aus- sperrungen zu entkräften, und wurden von diesen Aussperrungen 36 022 Personen betroffen. In 13 Fällen, woran 10 574 Personen beteiligt waren, wurde zu dem Mittel der Aussperrung gegriffen, um Arbeiter, die wegen Abwehr von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Arbeitsniederlegung übergegangen waren, zur Aufgabe ihres Widerstandes zu zwingen. Dem Koalitionsstreik mußten 35 Aussperrungen dienen, wovon 2122 Personen betroffen wurden, und wegen Feierns am 1. Mai wurden 25 Aus- sperrungen verhängt, die 3038 Personen in Mitleidenschaft zogen.

Von den gesamten Aussperrungen entfielen für die Arbeiter mit vollem Erfolg 95 = 31,2 Proz., an diesem Erfolg beteiligt waren 19 227 Personen = 18,4 Proz.; 109 Aussperrungen = 35,9 Prozent mit 46 196 Beteiligten = 44,1 Proz. konnten mit einem teilweisen Erfolg beendet werden.

In den Jahren 1900—1907 fanden 1328 Aus- sperrungen statt, von denen insgesamt 449 187 Personen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die gesamten Aus- sperrungen verursachten eine Ausgabe von 20 516 948 Mk., das sind 37,4 Proz. der seit dem Jahre 1900 gemachten Ausgaben für die gesamten wirtschaftlichen Kämpfe.

Seitens der Unternehmer wird die alljährlich wieder- kehrende rücksichtslose Vortossmachung vor Tausenden von Arbeitern durch das Mittel der Aussperrung als ein Korrelat gegenüber dem den Arbeitern gewährten Koalitions- und Streikrecht angesehen und in diesem Sinne verteidigt. Wir wollen uns auf eine Erörterung dieser Anschauung nicht einlassen. Es ist aber bezeichnend, daß das Unternehmertum, welches so häufig — bei passender und unpassender Gelegen- heit — „Wohltun“ für die Arbeiter glaubt hervor- heben zu müssen, rücksichtslos Arbeiter aussperrt, die an irgendwelchen Arbeitskämpfen gar nicht beteiligt sind, und zwar lediglich nur zu dem Zweck, um die Gewerkschaftsorgani- sation, welche bei einem Arbeitskampf gerade in Betracht kommt, schwächen und widerstandsunfähig machen zu können. Ein solches Vorgehen findet in der gewerkschaftlichen Taktik kein Gegenstück. Hier beschränkt man sich nur darauf, den Kampf durch Arbeitsniederlegung gegen diejenigen Unter- nehmer zu führen, die an einem Arbeitskampf unmittelbar beteiligt sind.

Soviel steht jedoch fest: die nur schon jahrelang be- triebene Aussperrungsmasche des Unternehmertums zur Nieder- drückung der Arbeiter und Zertrümmerung ihrer Organi- sationen hat ihren Zweck vollständig verfehlt. Das Fiasko dieser Unternehmertaktik tritt immer greifbarer zutage. Wohl war es möglich, die Arbeiterkraft durch dieses Mittel bei einzelnen Kämpfen in ihrem Erfolg zu beeinträchtigen, aber der Arbeiterkraft im allgemeinen ist durch das Mittel der Aussperrungen in ihrem Aufwärts- streben kein Abbruch geschehen, und am allerwenigsten war es möglich, die Gewerkschaften zu zertrümmern und in der Ent- wicklung zu hemmen. Im Gegenteil, man kann annehmen, daß die Aussperrungen das Klassenbewußtsein der Arbeiter gestärkt und förderlich auf die Entwicklung der Gewerkschaften eingewirkt hat. Das völlige Versagen des Mittels der Aussperrungen der Arbeiterbewegung gegenüber scheint nun- mehr selbst dem ausgesperrungsmüdigsten Unternehmertum klar zu werden. Die durch geheucheltes Wohltun für das „Wohlergehen der Arbeiter“ und durch „sanfte Einwirkung“ auf abhängige oder willenlose Arbeiter seitens der Unter- nehmer zusammengebrachte gelbe Schutztruppe soll nun an- scheinend das bezweckte, was man von den Aussperrungen vergeblich erhoffte. Gütliche Hoffnung! — Auch dieser Wahn wird verfallen vor dem unaufhaltsamen, ehernen Ent- wicklungsgang der modernen Arbeiterbewegung.

E. Hermann.

Aus dem Reichstage.

Die zweite parlamentarische Woche begann mit Fortsetzung der Debatte über den Entwurf eines Weingegesetzes. Sie endete mit Ueberweisung des Entwurfs an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Alsdann kam ein Gesetzentwurf zur Beratung, den der Graf Schwarz-Rodig und Genossen im März dieses Jahres beistellen. Er trägt den Titel: Gesetz betreffend die Preisfeststellung beim Markthandel mit Schlagsvieh. Durch das Gesetz soll eine Kotierung der Schlagsviehpreise erreicht werden, welche über die Durchschnittspreise des an den Markt gekommenen lebenden Viehes unterrichten soll. Da zwischen der Kotierung des Viehes für Lebendgewicht und dem Kaufpreise für das ausgeschlachtete Vieh eine große Differenz vorhanden sein muß, erhalten die Herren aus „Agraria“ die Möglichkeit, die Ursachen der Gestaltung der Preise des Viehes zu verstanden. Die Schutzollner und Befürworter der Grenzklodade gegen ausländisches Vieh und Vieh können dann traulich und kühl die preisfestsetzende Tendenz ihrer Viehpreispolitik bejahen und für die hohen Preise des Viehhandels allein verantwortlich machen, während der Viehkauf heute allen drei ein volles Maß von Schaden bezugweisen in der Lage ist. Der Entwurf bewegt sich auch deswegen in der Richtung der agrari- schen Interessen, weil die Vorschriften über die Preisnotierungen von einzelnen Landesregierungen vorbehalten bleiben. Die Landes- zentralbehörden haben auch die Ermächtigung für Orte, an denen die Regelung für die Marktkotierung getroffen ist und für deren Umgebung marktähnliche Bezugsleistungen mit Vieh zu unterliegen. Außerdem kann der Handel mit Vieh außerhalb des Marktlages während des Marktlages, sowie an den vorausgehenden und den nachfolgenden Tagen von der Landeszentralbehörde verboten werden. Das ist eine

Einchränkung des freihändigen Verkehrs. Ueber ihre Wirkung braucht der Fleischkonsument nicht im Zweifel zu sein. Sie wird in einer den Agrariern günstigen Preisbildung bestehen. Die Herren haben es also, die Postage unter das gesetzgeberische Dach und Fach zu bringen. Wähler, Konfessionäre, Zentrum und Nationalliberale stimmten gegen Kommissionsberatung. Schon diese Gilt macht das Gesetz verhängnisvoll.

Am Dienstag begann die Begründung und Besprechung der Interpellationen über des Kaisers Ausstellungen, die im „Daily Telegraph“ zur Veröffentlichung gekommen. Ergebnis: Ein zwei Tage dauerndes Redetouren, in dem die bürgerlichen Redner und Fürst Hilow als müde Kämpfer sich heraufgestellt haben. Ge- waltiges Pathos, getragen von nationaler und staatsrechtlicher Ent- wicklung, das aber in Gewimmer umschlug, sobald es sich um Garan- tien handelte, welche zulässige Betätigung absolutistischer Neigungen verbinden. Von Herr Waffermann, dem Begründer der national- liberalen Interpellation, war nämlich nichts anderes zu erwarten, als Aussprechung der Hoffnung: „Seine Majestät wird es nicht wieder tun.“ Aber wenn ein Mann, wie der freisinnige Schrader, dessen Parteiprogramm das parlamentarische Regime fordert, erklärt: Ich bin gegen ein parlamentarisches Regiment, wenn Hausmann, der Demokrat, eine Rede hält; die, gemessen am bürgerlichen Maßstab, das Pathos „gut“ verdient, damit endet, daß er die Konfes- sion anbeißt, allerdings mit einverstanden zu sein, daß ihre Erklärung als Adresse des Reichstags an den Kaiser gelangt; dann muß man sagen: Worte, Worte, keine Taten! Fürst Hilow erklärte: Die Veröffentlichungen haben Deutschland geschadet. Wiederholungen ähnlicher Art werden weder von mir, noch von einem meiner Nach- folger verantwortet werden. Der Entschluß, im Amt zu bleiben, ist der schwerste meines Lebens gewesen. Wie lange ich bleibe, das steht dahin.“ Und trotzdem verlangen die Blockparteien nicht das, was die Situation fordert: Ministerverantwortlichkeit und Stärkung des parlamentarischen Einflusses. An der Kennzeichnung dieses Ver- haltens haben es die sozialdemokratischen Redner nicht fehlen lassen. Singer sowohl als seine haben die Mittel bezeichnet, auch in Form von Anträgen gingen sie dem Hause zu.

Am Donnerstag eröffnete der Präsident die Verhandlungen mit der erschütternden Mitteilung von dem Grubenunglück auf Beche „Mabob“ bei Hamm. Der Reichstag hörte die traurige Kunde stehend an. Der erste Punkt der Tagesordnung: Rechnungsablage über den Haushalt der afrikanischen Schutzgebiete, des Schutzzones Neu- Guinea, der Verwaltung der Karolinen, Baulandien und Marianen, sowie des Schutzzones Samoa für 1900 brachte eine Ueber- zeugung. Die Abgeordneten Engelberger und Moske rügten, daß die Prüfung der Rechnungen 8 Jahre dauerte; daß Beamte, die Berlin nicht verlassen, Gehälter bezogen nach der Skala, welche für die Schutzgebiete gelten, also bedeutend höher sind als für Beamte im Reich; daß Summen verausgabt worden, deren Bewilligung der Reichstag abgelehnt. Und das ist besonders deswegen interessant, weil der Gouverneur, der diese Summen, wenigstens zum Teil, verausgabte, der jetzige Abgeordnete von Liebert ist derselbe Herr, der als Vorsitzender des Reichs- verbandes um die Berechnungen der Gewerkschaften immer so große Besorgnis gezeugt hat. — Dann standen Petitionen zur Erledigung. Fortgesetzt wurde die Debatte über die Petition über die schwarzen Listen und das Ueberwachen des Bergbau. Dabei wollen wir gleich Ver- wahrung einlegen gegen eine Unterstellung, die uns der Segertseufel in letzter Wochenschau in die Feder hegte. Wir haben nicht gesagt, in Zeiten wirtschaftlichen Kampfes sei die Auswanderung gerecht- fertigt, sondern: „sie wäre auch dann nicht gerechtfertigt.“ Das sollte noch, daß wir den wirtschaftlich Starke auch noch das Recht der Auswanderung konzedieren wollten. Die Debatte war insofern von Interesse, als Herr v. Schubert, der Schwiegerjohn des verbliebenen Freiherrn von Stumm, einen Rechtfertigungsversuch der Besenproben unternahm. Nach ihm ist die Aussperrungstaktik durchaus kein wirtschaftliches Pressionsmittel, sondern — ein Mittel zur Erziehung der Arbeiter zur Selbsttätigkeit und zur Erfüllung zivilrechtlicher Verpflichtungen! Der Wechsel der Arbeiter gefährde die Sicherheit der Betriebe, und erfolge sehr oft, damit die Arbeiter dem Gerichtsvollzieher, mitunter wegen Alimentationsverpflichtungen, sich entziehen könnten. Daß die Arbeiter etwa solchen Verpflichtungen aber erst recht nicht nachkommen können, wenn man sie monatlang von der Arbeit ausschließt, entging der Logik dieses nationalliberalen Anhängers der Gerichtsvollzieher. Hue betonte mit Recht, daß die Mitteilungen des Herrn eklatanter Beweis seien für die elende Bezahlung der Bergarbeiter. Wenn trotz schwerer Arbeit, die ständig von Gefahren umgeben, der Gerichtsvollzieher Einfluß bei den Arbeitern hält, dann ist es um deren Lage übel bestellt. Die Petition wurde zur Verächtlichkeit überwiesen.

Am Freitag kamen die Interpellationen des Zentrums und der Sozialdemokratie über Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Krise zur Verhandlung. Die Zentruminterpellation wurde von Dr. Pieper, die sozialdemokratische von dem Genossen Mollenhuth begründet. Für das Eintreten der Wirtschaftsstörung in jetziger Heftigkeit macht er das Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch verantwort- lich. Die Anarchie im Wirtschaftsleben, welche sich um die Bedürf- nisse des Marktes nicht kümmert, schafft die Störungen im Er- zeugungsprozess. Und die Verbrauchskraft der Massen des Volkes ist geschwächt durch die infolge agrarischer Wirtschaftspolitik verteuerte Lebenshaltung. Er forderte, daß der Staat als Arbeitgeber nicht, wie es „...“ geschehen, mit Lohnreduzierungen vorgehe aus Rücksicht auf die Privatindustrie. Außerdem sei die Regelung der Arbeits- losenunterstützung gewerblicher und landwirtschaftlicher Arbeiter durch das Reich in Angriff zu nehmen und eine Verkürzung der Arbeitszeit auf gezieltem Wege ins Auge zu fassen. Auf Begründung und Debatte kommen wir noch eingehender zurück.

500 Millionen Mark neue Steuern

sollen vom deutschen Volke aufgebracht werden. Das ist angesichts der wirtschaftlichen Krise, wo ohnehin viele Tausende von Arbeitern am Hungerstich nagen, ein geradezu ungeheuerliches Verlangen. Aber was tut, die gehorame Blockfreiheit des Reichstags wird also beschließen und Michel hat das Maul zu halten und zu zählen. Der Reichsfinanzsekretär Sybow sagt in der Begründung seines Steuer- buletts: „In vorderster Linie bedurfte es der Heranziehung der all- gemeinen Genussmittel: Branntwein, Bier, Wein und Tabak, weil allein sie die großen Summen aufzubringen ver- mögen, die zur Deduktion des Fehlbetrags notwendig sind. Jeder große Staat hat auf diesen vier Produkten sein Steuersystem mit aufgebaut, nur Deutschland hat diese Quellen wenig aus- genutzt.“ — Dabei wird schon heute in Deutschland das Bild Tabak mit 85 Pfennig und der Liter Branntwein mit 28 Pfennig Steuern belastet. Das nennt Herr Sybow wenig ausgenutzte Steuerquellen.

Daß das Reich Geld braucht, soll zugegeben werden. Militarismus, Marinismus und Kolonialpolitik verschlingen eben ungeheure Summen. In den 20 Jahren der Regierung des jetzigen Kaisers haben sich z. B. die Ausgaben für Heer und Marine wie folgt ver- mehrt:

	1888	1908
Heer	375 Mill. Mk.	854 Mill. Mk.
Marine	60	348
Summa	435 Mill. Mk.	1202 Mill. Mk.

Wühn haben sich die Ausgaben für diese beiden Hauptposten im Reichetat um rund 275 Prozent erhöht. Daß bei solch wühniger Geldverpulverei die Kasse leer werden muß, ist erklärlich. Wer hat aber nun den Vorteil von diesen Kürzungen gehabt? Seitens die Panzerplattenpatrioten, die bei den Lieferungen Kisten- profite herausgeschlagen haben, und dann unsere Junker, deren Söhne infolge der vermehrten Offiziersstellen gute Verjüngungen erzielten. Wer zahlt aber die Kosten? Die deutsche Arbeiterkraft. Wers nicht glaubt, beachte folgende Ziffern. Das Reich vereinbarte an Zöllen (der Betrag ist in Mil- lionen Mark angegeben, überschüssige Beträge sind weggelassen):

	1899	1907
Getreide und Hülsenfrüchte	20 Mill. Mt.	266 Mill. Mt.
Raffin.	45	15
Schmalz	6	7
Margarin	1	1
Margarin und Butter	1	1
Öle	1	1
Petroleum	45	76
Summe	196 Mill. Mt.	448 Mill. Mt.

Der Vollertrag aus den oben angeführten Nahrungs- und Futtermitteln, die überwiegend von der Arbeiterklasse verbraucht werden, ist also in den 18 Jahren um rund 230 Prozent gesteigert worden.

Pro Kopf der Bevölkerung mußten im Jahre 1907 rund 17 Mt. an Steuern und Zöllen aufgebracht werden, das macht für eine aus 5 Personen bestehende Familie mehr als 80 Mt. an indirekten Steuern. Dazu kommen aber noch die Steuern, um welche Inlandsprodukte, namentlich Getreide, infolge der Zölle teurer werden. Insgesamt betragen die Reichseinnahmen aus Zöllen und Steuern auf Lebensmittel im Jahre 1907 985 Millionen Mark.

Trotz der ungeheuren Steigerung hielten die Einnahmen nicht Schritt mit den Ausgaben. Die Schulden des Deutschen Reiches stiegen in den letzten 20 Jahren im Automobiltempo.

Im Jahre 1888 hatte Deutschland 851 Millionen Reichsmark Schulden, im Jahre 1908 aber 4254 Millionen, das ist eine Steigerung um 500 Prozent. Fast 100 Millionen Reichsmark muß das Volk jährlich aufbringen zur Verzinsung dieser Schulden. Das bei solcher Finanzwirtschaft die Einnahmen fortwährend erhöht werden müssen, ist erklärlich.

Als im Jahre 1906 der Reichstag die geforderten 180 Millionen in Form von Fahrkarten, Bier-, Zigaretten-, Erbschaftsteuer usw. bewilligte, da nannte man das eine Finanzreform, heute zeigt es sich, daß von einer Reformierung unfrei Finanzwesens keine Rede sein kann — sie sind heute zerstückelt denn je. Nun werden rund 500 Millionen Reichsmark gefordert. Und zwar sollen bringen:

Erhöhte Branntweinsteuer	100 Millionen
Tabaksteuer	77
Biersteuer	100
Weinsteuer	20
Nachlasssteuer	92
Elektrizitäts- u. Gassteuer	50
Interessensteuer	33

Summe 472 Millionen.

Also Tabak, Bier und Branntwein sollen den „Bürokranten“ tragen. Damit ist wieder einmal bewiesen, daß die Regierung es meisterhaft versteht, den „leistungsfähigen“ Schultern, d. h. den Arbeitern, die Kosten unserer planreichen Politik aufzubürden. Herr Alexander Lillz aber, der zu einem großen Scharfmacher nicht intelligent und zu einem kleinen nicht beiseiden genug ist, schreibt in seiner Broschüre über die politische Arbeiterpartei:

„Durch die verkehrte Steuerpolitik, die die großen Vermögen heranzieht und die Masse des Volkes unbekümmert läßt (??), werden die Kapitalisten immer mehr belastet, während die Klasse der Handarbeiter lediglich die Vorteile des Staates genießt.“ Vielleicht wird Herr Lillz auch angefaßt des neuen Steuerbuletts wieder über die Bevorzugung der Arbeiter klagen!

Für uns ist aus dem ganzen Strauß nur die Nachlasssteuer abgeplakt. Sie bringt eine, wenn auch durchaus ungenügende Verschärfung der vor 2 Jahren beschlossenen Erbschaftsteuer. Unter der Weinsteuer würden wahrscheinlich die kleinen Winzer mehr leiden wie die Weinbauern. Die Interzessensteuer bedeutet ein Verlebensdeminis, eine Steuer auf den Fortschritt. Die Steuer auf Gas und Elektrizität ist durchaus zu bekämpfen. Die Arbeiter haben ein großes Interesse daran, in den Fabriken gutes Licht zu haben, weil dadurch die Unfallgefahr vermindert wird. Auch der Ertrag der Dampfkraft durch Elektrizität ist erstrebenswert, weil dadurch die Transmissionsen, die schon so oft zu wahren Menschenfallen geworden sind, weggelassen können.

Eine Besteuerung der besseren Licht- und Kraftquellen ist deshalb nicht nur industriell, sondern auch arbeitserfindlich. — So entwirft sich die ganze Steuerreform als ein Raubzug auf die Taschen der Arbeiter, der durch den zaghaften Griff nach dem Nachlaß der Wohlhabenden schamhaft verdeckt werden soll. Ob der Reichstag dieses Steuerprojekt gehorsam apporieren wird?

Das sozialpolitische Programm des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände.

Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände hat in eine Ausschussung vom 29. Oktober beschlossen, den § 2 seines Statuts dahingehend zu erweitern, daß dem Satz: „Sonstige wirtschaftliche und politische Ziele hat sich der Verein nicht zu stellen.“ angefügt wird: „jedoch kann er in Sachen der sozialpolitischen Gesetzgebung, soweit sie Arbeitgeberbetreffen berührt, Resolutionen fassen und Eingaben an die Behörden und Volksvertretungen richten.“ Hand in Hand mit dieser Erweiterung der statutarischen Aufgaben ging die Aufstellung eines „sozialpolitischen Programms“.

Wie dies Programm aussieht, kann man schon an der Tatsache erkennen, daß Herr Rent, der Erfinder der diversen Ausperrungssysteme, Referent über dieses Thema war. Das angenommene Programm enthält eine Zusammenfassung der Ansichten des Vereins über die Arbeiterversicherungsgeetze, die Arbeitskammern, die Arbeitsnachweise und die Tarifverträge. Um unsere Mitglieder über den Reformwille der Arbeitgeber zu informieren, drucken wir die einzelnen Programmpunkte nachstehend ab:

1. Unfallversicherung. Da die Berufsgenossenschaften sich nach jeder Richtung hin auf beste bewährt haben, sind Änderungen in der Unfallversicherung nicht vorzunehmen.

2. Alters- und Invaliditätsversicherung. Wenngleich diese Versicherung sich nicht so gut bewährt hat wie die Unfallversicherung, so hat sie sich doch derartig eingelebt, daß es besser ist, sie aufzuheben so zu lassen, wie sie ist. Nur der Reichszuschuß könnte aufgehoben werden zugunsten der Witwen- und Waisenversicherung, und wenn der Ausfall anderweitig gedeckt werden möchte, so sind die Beiträge der Arbeiter und Arbeitgeber gleichmäßig zu erhöhen.

3. Witwen- und Waisenversorgung. Es empfiehlt sich hierbei, die Versorgung der Witwen und Waisen vollständig auf die Reichskasse zu übernehmen. Zur Verfügung stände der für diesen Zweck ausgeforderte Teil der Zolleinnahmen und die nach dem Vorschlage unter Nummer 2 ersparten Zuschüsse zu der Alters- und Invaliditätsversicherung, insgesamt ein Betrag zwischen 90 und 100 Millionen Reichsmark. Die Witwen- und Waisenrente sollte man so festsetzen, daß sie die einflussreiche zur Verfügung stehende Summe nicht übersteigen, ohne Rücksicht darauf, ob die Renten auch allen Ansprüchen genügen. Besser ist es, daß den Witwen und Waisen vorerst jährlich 90 bis 100 Millionen Reichsmark zugesetzt werden. Hat man später mehr Geld zur Verfügung, so kann man, falls es sich dann als wünschenswert erweisen sollte, die Renten erhöhen.

4. Krankenversicherung. Ueber die Krankenversicherung gehen die Ansichten stark auseinander; insbesondere sind über die Verwaltung der Ortskrankenkassen viele Fragen laut geworden. Nachdem sich aber in der vom Herrn Staatssekretär des Reichsanwalts des Innern einberufenen Konferenz von Vertretern der Ortskrankenkassen am 23. Oktober d. J. herausgestellt hat, daß wider alles Erwarten die Vertreter der Ortskrankenkassen für die Beibehaltung des bisherigen Zustandes eintreten und alle Angriffe gegen die Ortskrankenkassen zurückweisen, muß man annehmen, daß wenigstens zurzeit nicht angebracht ist, am Krankenversicherungswesen Änderungen vorzunehmen.

5. Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. Die Vereinheitlichung aller Zweige der Arbeiterversicherung absehbenden Bestrebungen ist grundsätzlich Zweck einzulegen,

weil die von den Verantwortlichen der Vereinheitlichung erwartete Vereinfachung und Herabsetzung des Verwaltungsaufwandes zweifellos ausbleiben wird.

6. Arbeitskammern. Die paritätischen Arbeitskammern sind zu verwerfen. Die Arbeitgeber brauchen sie nicht; sie haben an den Handwerkskammern, Handwerksämtern, Landwirtschaftskammern usw. genügende gesetzliche Interessenvertretungen. Will man den Arbeitern auch eine gesetzliche Interessenvertretung geben, so möge man Arbeiterkammern errichten.

7. Arbeitsnachweise. Die Arbeitsnachweise müssen im Interesse der vaterländischen Gewerbetätigkeit in den Händen der Arbeitgeber liegen. Das System der paritätischen und öffentlichen (kommunalen) Arbeitsnachweise ist zu verwerfen.

8. Tarifverträge. Tarifverträge sind für die Entwicklung der Industrie im allgemeinen verberlich und im speziellen für solche Industrien, die für den Weltmarkt arbeiten, schon darum unübersichtlicher, weil sie den Export unmöglich machen würden. Wo trotzdem eine Einigung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern hinsichtlich des Abschlusses von Tarifverträgen erfolgt, muß sie unter allen Umständen den Charakter einer freiwilligen Vereinbarung tragen, wie denn gegen jeden direkten oder indirekten Zwang zum Abschluß von Tarifverträgen grundsätzlich entschiedene Verwahrung einzulegen ist.

Man sieht, sozialpolitisches „Programm“ ist eigentlich eine falsche Bezeichnung für den Reichswirtschaftsratsentwurf, sozialpolitisches Programm wäre richtiger. Daß beim Unfallversicherungsgesetz alles beim Alten bleiben soll, ist erklärlich, denn hier regieren die Unternehmer unumschränkt. Pfüffig ist der Vorschlag, den Reichszuschuß zur Altersversicherung aufzuheben und zur Witwen- und Waisenversicherung zu verwenden. Dadurch soll jede Beitragserhöhung für den neuen Versicherungszweig von vornherein ausgeschlossen werden. Die Witwen- und Waisenrenten sollen den verfallbaren Betrag nicht übersteigen. Kommt dann ein Vorschlag, die Beiträge zur Altersversicherung zu erhöhen, um den Ausfall zu decken, so werden die Unternehmer auf das angelammelte Vermögen dieser Versicherung hinweisen, und die Erhöhung ablehnen. Ja, ja, die Unternehmer sind Schlauderte, wenn es sich um Geld dreht.

Die Selbstverwaltung der Krankenversicherung soll erhalten bleiben, das ist nach der Begründung des oben abgedruckten „Programms“ der „allgemeine Wunsch der Arbeitgeber“. Vor Tische las man anders! Seit aber in der Konferenz am 23. Oktober die Scharfmacher von den Arbeitgeberverbänden der Ortskrankenkassen hören mußten, daß sich die Selbstverwaltung durchaus bewährt und daß von einem Mißbrauch dieses Rechts zu politischen Zwecken keine Rede sein kann, haben sich die Herren um Bued und Reichow wie es scheint etwas gemäßig. Sie finden sich leichtlich geschickt in die Rolle des Fuchses, dem die Trauben zu hoch hängen.

Daß der Verein die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung ablehnt, ist natürlich. Dann würden nämlich nicht nur die Berufsgenossenschaften nach andern Geist regiert, es ginge auch den von den Unternehmern so beliebten Betriebskrankenkassen an den Kragen. Und das muß vermieden werden. Denn gerade die Betriebskrankenkassen bieten den Unternehmern die Möglichkeit, die Kosten der Krankenversicherung auf die Ortsklassen abzuwälzen und besonders mißliche Gesundheitsverhältnisse infolge gefährlicher und gesundheitsschädlicher Produktionsweise vor der Öffentlichkeit zu verbergen.

Die Stellung zu den Arbeitskammern bedingt sich mit der Stellung der Mehrheit der organisierten Arbeiter; selbstverständlich sind die Motive für diese Stellung von denen der Arbeiter grundverschieden. Immerhin läßt sich an diesem „Programmpunkt“ wenig aussetzen. Daß die Arbeitgeberverbände die Arbeitsnachweise nicht aus der Hand geben wollen, nimmt nicht Wunder, bilden sie doch die Arbeiterregulierungsbureau mit zum Teil äußerst prägnanten Funktionen. Es wird voraussichtlich noch harte Kämpfe kosten, hier Wandel zu schaffen.

Geradezu horner ist die Stellung des Vereins zu den Tarifverträgen. Bisher haben die Industriezweige, die Tarife abgeschlossen haben, von den „verberlichen Wirkungen“ jedenfalls noch nichts gemerkt. Doch lassen wir die Herren bei ihrer Ansicht. Mit dem Wachsen der Arbeiterorganisationen wird auch das Verständnis für kollektive Regelung der Arbeitsbedingungen bei den Unternehmern wachsen.

Alles in allem bemerkt das sozialpolitische Programm des Vereins der Arbeitgeberverbände, daß seine Macher sich mit anerkanntem Geschick in gegebene Zustände zu schicken vermögen. Auch die Taktik, durch Scheinunabstimmungen wirkliche Reformen zu verhindern, ist nicht abel. Dem Durchschnittsphilister wird das „sozialpolitische Verständnis“ der Arbeitgeberverbände vielleicht imponieren, die Arbeiter aber werden das Nachweil gehörend einzuschlagen wissen.

Arbeiterchulskommissionen.

Zu dem Vorschlag des Kollegen Kuchler betreffend Einrichtung von Arbeiterchulskommissionen möchte auch ich einige Worte verwenden und meine in der Praxis gesammelten Erfahrungen hier wiedergeben.

Der Vorschlag bringt uns nichts neues, nur ist mir der Gedanke, daß einzelne Berufsorganisationen solche Kommissionen einrichten sollen, neu. Ich bin der Ansicht, daß derartige Kommissionen von den Gewerkschaftsstellen geschaffen werden müssen, bestehend aus Vertretern aller Organisationen am Orte. Es kommt nicht so sehr darauf an, daß jeder Beruf, resp. jede Branche vertreten ist, sondern die Hauptfrage ist, daß die Mitglieder der Kommission das nötige Verständnis besitzen, um diesen Posten versehen zu können. Der Vorsitzende der Arbeiterchulskommission muß unabhängig sein, und Name und Adresse desselben müssen im Parteiblatt am Orte veröffentlicht werden. Beim Vorstehen müssen alle Beschwerden, ob schriftlich oder mündlich, einlaufen. Die Mitglieder der Kommission müssen in den Mitgliedsversammlungen Bericht über die Tätigkeit der Kommission erstatten und auf die gegenwärtige Wirkung derselben hinweisen. Auch muß der Tätigkeitsbericht allmonatlich in der Tagespresse veröffentlicht werden. Es muß ferner darauf hingewiesen werden, daß noch sehr viele Mißstände in den Betrieben existieren. Durch das hiebei Hervorbringen und Erwehnen wird das Interesse der Arbeiterchul für die Kommission geweckt und viele Mißstände, die unbeachtet jahrelang bestanden, werden gerügt und beseitigt. Die Beschwerden kann jeder Arbeiter vorbringen, hierbei ist es notwendig, daß alle Angaben genau detailliert werden. Ein vertrauter Kollege, der in dem in Betracht kommenden Betriebe beschäftigt ist, wird beauftragt, zu prüfen, ob die Angaben richtig sind, und danach werden die Schritte eingeleitet.

Ich war in Kaiserslautern Mitglied einer vom Gewerkschaftsamt errichteten Arbeiterchulskommission, und wir haben die Sache folgendermaßen gehandhabt. Nach Prüfung der eingelaufenen Beschwerden wurden 2—3 Vertreter der Kommission persönlich beim Fabrikinspektor vorgelegt. Der Fabrikinspektor gab uns zunächst Bescheid über seine Maßnahmen betreffend der in der vorhergehenden Sitzung von uns angebrachten Beschwerden, ob Abänderung geschahen usw. Hierbei kam es auch vor, daß der Fabrikinspektor behauptete, dieser oder jener Mißstand hätte bei seinem Besuche des Betriebes nicht existiert. Wir erklärten ihm, dies sei nicht Neues, dies sei die Folge der vorherigen Besuchsangabe, die doch auf keinen Fall stattfinden dürfte; wir seien in der Kommission von der Beibehaltung des Mißstandes sofort unterrichtet worden. Der Inspektor schickte den Vorgang, daß zunächst die Polizei beauftragt wurde, dafür zu sorgen, daß die gerügten Mißstände beseitigt würden und bei dem Eintreffen des Fabrikinspektors solle dann alles in Ordnung sein. Wurde uns als Kommission ein Mißstand vorgebracht, dann ließen wir die Sache nicht eher ruhen, bis daß wir die Gewerkschaft hatten, daß derselbe beseitigt war. Wir wendeten uns an die Versicherungsführer, und erst wenn wir die Versicherung hatten, daß der Mißstand vollständig beseitigt war, ließen wir davon ab. War der Mißstand nur vorübergehend beseitigt, das heißt nur solange, bis die Arbeiter klagen hörten, dann verlangten wir vom Fabrikinspektor

fortwärtiges Aufsuchen des Betriebes und dann wurde er von der Richtigkeit unserer Behauptungen stets überzeugt.

Nachdem die Ausschüsse über die in der vorhergehenden Sitzung vorgebrachten Beschwerden erledigt, wurden die neu eingelaufenen Beschwerden dem Fabrikinspektor unterbreitet. Nach Vorbringen der Beschwerden fand gewöhnlich noch eine Aussprache zwischen den Vertretern der Kommission und dem Fabrikinspektor statt, wodurch sowohl wir, als auch der Inspektor an Sachkenntnis gewannen. Mit der Zeit fanden wir auch das gegenseitige Vertrauen, und die Arbeit sowohl der Arbeiterchulskommission, als auch der Fabrikinspektion gestaltete sich erprießlich. War ein sofortiges Eingreifen notwendig, dann wandten wir uns, resp. der Vorsitzende der Kommission, sofort an den in Betracht kommenden Polizeibeamten, jedoch auf schnellstem Wege Abhilfe geschaffen und die Schuld der Unternehmer an etwaigen Unfällen festgestellt wurde.

Es ist also wohl möglich, Arbeiterchulskommissionen zu schaffen und dadurch zum Wohle der Arbeiter zu wirken. Es bedarf aber in den meisten Fällen der Verbindung aller Organisationen am Orte. Nur dort, wo unsere Organisation recht ausgedehnt, wo viele für uns in Betracht kommende Betriebe vorhanden sind, hätte eine von einer Partei gebildete Arbeiterchulskommission die nötige Arbeit. Wir können es ruhig versuchen, die Ungleichheit in den Gewerkschaftskartellen zu beseitigen. Werden brauchbare Kollegen, die auch Entschlossenheit und Ausdauer besitzen, in die zu bildenden Kommissionen eintrifft, werden diese, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, dann wird durch die Kommissionen sehr vieles zum Schutze und zum Wohle der Arbeiter geschaffen werden, trotz hiesiger Abschließung der Fabriklore.

Deuben. Ludwig Werner.

Vom Schlachtfelde der Arbeit.

Ein schreckliches Grubenunglück ereignete sich in den Morgenstunden des 12. November auf der Kohlenzeche „Radbod“ bei Hamm (Westfalen). Durch eine Explosion wurde die Grube in Brand gesetzt und mehr wie 300 Bergarbeiter in die Tiefe eingeschlossen. 40 Tote und mehr wie 30 Schwerverletzte konnten geborgen werden, dann wurden die Rettungsarbeiten eingestellt, weil das Feuer alle Zugänge versperrte. Da noch 302 Arbeiter in der Grube waren, die sämtlich als verloren gelten, sind bei der Katastrophe 360 Bergleute ums Leben gekommen. Es ist das größte Unglück, das den deutschen Bergbau je betroffen hat.

Die Trauer ist allgemein. Der Reichstag hörte die Nachricht stehend an; der deutsche Kaiser, der Prinzregent von Bayern und andere haben Beileidsbesprechungen gehalten, der Bergbauverein hat sein Stiftungsgeld verschoben, die bürgerliche Presse bringt Beileidskundgebungen in Fülle und eröffnet zum Teil schon Sammlungen für die Hinterbliebenen der Bergungsgläubigen. Selbst hier erst der Grabschmelzer über die Opfer der Katastrophe, so wird gar viel von dieser Trauer verlesen sein. Dann wird die Organisation der Arbeiter, die auf Abschaffung der Mißstände dringt, wieder verlästert und verfolgt, die Organe der Gewerkschaft, die öffentlich die Schäden kritisieren, werden vor die Säulen des Gerichts zitiert, und die Forderung der Arbeiter, Grubenkontrollen aus ihren Reihen wählen zu dürfen, wird verächtlich wie zuvor. Und wenn die Bergknappen wieder einmal aufstehen und einen Bruchteil von den Kleinrenten der Bergherren für sich fordern, so wird die bürgerliche Presse das Risiko der Arbeit vergessen haben und nur noch vom Risiko des Kapitalisten etwas wissen. Die Bergarbeiter aber wird ihre toten Gefährten am besten ehren, wenn sie, statt sich auf das bürgerliche Mitleid zu verlassen, ihre Organisation zu einem Faktor ausbauen, der die Bergherren zu einer höheren Wertung des Arbeiterlebens zwingt.

Aus der Zuckerindustrie.

§ Eine Zuckerfabrik durch Explosion zerstört.

Auf der Zuckerfabrik zu Neuwegerleben (Kreis Oßesleben) ereignete sich Montag, den 9. November, nachmittags, eine schwere Explosion. Der Saugapparat in der zur Fabrik gehörenden Gasanstalt muß versagt haben, und infolgedessen sammelte sich in der Trockenreinigungsanlage das Gas in so gewaltiger Menge und so hohem Drucke an, daß es schließlich die ganze Anlage in die Luft sprengte. Das Dach des Gebäudes wurde 30 Meter hoch geschleudert, eine Wand vollständig eingedrückt, sämtliche eisernen Fensterbänke und zahlreiche Fensterhebeln auf weitere Entfernung hin zertrümmert. Durch die ausströmenden Gasdämpfe entstand ein Brand, der sich auf den naheliegenden Kohlenberg zu fortpflanzte, aber noch mit Anstrengung aller Kräfte gelöscht werden konnte. Wenige Minuten zuvor hatten noch mehrere Kinder an der Unfallstelle gespielt. Der die Gasanstalt bedienende Arbeiter rettete sich nur dadurch, daß er sich kurz zuvor gegen seine Zutrittur in das Kesselhaus begeben hatte. Da er glaubte, an dem Unglück schuld zu sein, was aber nicht der Fall ist, versuchte er sich im Garten des Direktors zu erhängen, konnte an der Ausführung seines Vorhabens aber noch rechtzeitig von mehreren Fabrikbeamten gehindert werden.

§ Arbeiterrißto.

Vom Montag, dem 9. Nov., wurde auf der Zuckerraffinerie Schulau-Hamburg in Schulau ein junger Schloffer von der Transmissionsen erfaßt und so lange herumgeschleudert, bis er schwer verletzt auf dem Fluge liegen blieb. Trotzdem der Verunglückte sofort nach dem Krankenhaus beordert wurde, ist er bereits gestern seinen Verletzungen erlegen. Es ist dieses jetzt innerhalb 14 Tage, bereits der zweite Unglücksfall mit tödlichem Ausgang auf der Zuckerraffinerie. Man muß doch wirklich fragen: Sind die Arbeiterchulbestimmungen so mangelhaft oder werden sie von der Fabrik einfach außer Acht gelassen?

§ Zuckerdividende.

Die Zuckerfabrik Kruschwitz mußte ihren Aktionären den Entbehrungslohn um fast 5 Prozent kürzen. — Sie erhalten für das verfloßene Geschäftsjahr nur 21 Prozent Dividende gegen 26 Prozent im Vorjahr. Der Reingewinn ging von 688 984 Mark auf 632 505 Mark zurück. Die Ausschüttung der diesjährigen Kampagne werden als gänzlich bezweifelt.

§ Die Zuckerfabrik Groß-Gerau.

Die Zuckerfabrik Groß-Gerau erzielte 34.417 Mark Reingewinn und zahlte ihren Aktionären 5 Proz. Dividende wie im Vorjahre.

§ Schulau. Ein zusammengebrochenes System.

Seit Bestehen der Zuckerfabrik in Schulau, mit Ausnahme der ersten Jahre, führte Direktor Vogelgang das System. Alle, die gegen den Stachel des Herrn zu läden wagten, können ein Lied von diesem Straßen Mann singen. Eine andre Uebersetzung wie der Direktor Vogelgang zu bedürfen oder zu haben, war verboten. Die Zugänglichkeit zu einer Gewerkschaft oder der sozialdemokratischen Partei wurde mit Entlassung bestraft. Für viele Arbeiter, die konträrktlich angenommen, war das den Arbeitern geleglich gewährte Koalitionsrecht vertraglich aufgehoben.

Bei „Sozialdemokraten“ zu wohnen oder zu laufen, die Arbeiterpreise zu leien, das Organ „Der roten Feuerwehr“, wie Direktor Vogelgang die Sozialdemokratie nannte, war verboten. Ein neuer Diener seines Herrn war derjenige, der dem Direktor Vogelgang recht viel Reueigkeiten aus Veranlassungen und über Mitarbeiter hinterbrachte, es wahr oder nicht. Wer bei der Vernichtung der Sozialdemokratie ihm tapfer unter die Arme griff, hatte die größte Aussicht auf gute Posten und sonstige Vorzüge im Betriebe. Bei einem derartigen System konnten nicht die, die über Kenntnisse und Fähigkeiten verfügten, an bessere Posten, sondern nur Schwächer und Uebeldienner. Die Mehrzahl der Arbeiterlaven der Zuckerfabrik in Schulau ließen der Osten Deutschlands und die angrenzenden Länder. Selbst diese Leute, denen Bedürfnislosigkeit eine Tugend ist, die durch humane Behandlung in den Junkerghäusern Döhlens nicht verdrängt sind, trauen, um diese Zustände zu befeigen, im Januar 1907 in dem Streik. An der mangelhaftesten gewerkschaftlichen Schulung scheiterte jedoch die Bewegung. Diejenigen Arbeiter, die sich am Streik be-

teilig hatten und nach Beendigung desselben im Betriebe wieder anfangen wollten, mußten ihre Verbandsbücher abgeben. Dann fanden sie „Gnade vor dem Herrn“. Viele eingearbeitete Leute kamen diesem Verlangen nicht nach, sondern lehrten dem Betriebe den Rücken. Was das bedeutet, die besten Arbeiter, die mit dem Betrieb vertraut sind, zu verlieren, wird wohl auch Direktor Vogelgang einsehen gelernt haben. Denn seit dem Streik ging es mit den Fabrikanten der Fabrik, die früher als gut zu bezeichnen waren, bergab. Wenn, wie es hier der Fall, Arbeitsplätze am Tage 4—5 mal neu besetzt werden, so darf es wohl als ausgeschlossen gelten, daß etwas Gutes zu leisten ist. Bei dem System des Direktors Vogelgang wurde der Betrieb von jedem qualifizierten Arbeiter gemieden; nur in der äußersten Not wurde er aufgesucht. So glied denn auch die Fabrik mehr einem Arbeitshause, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen. Vom 1. Juli bis 1. Oktober d. J. stand die Fabrik still. Das System Vogelgang war zu fassungslos. Am 1. Oktober hat Direktor Vogelgang die Fabrik und Schulau verlassen. Sang- und Klanglos war der Abschied. Selbst seinen „Getreuen“ muß der Abschied nicht schwer gefallen sein, stand doch ein Eingekerkertes in einer bürgerlichen Zeitung, worin der Satz vorlief: „Es herrscht bei allen eitel Freude.“ Nämlich über den Weggang. Das ist bitter, aber wohl verdient. Als Begründer des „Wirtschaftlichen Schutzbundes“ gegen die Sozialdemokratie, als „effizienter“ Gemeindevertreter von Schulau so verabschiedet zu werden, ohne jeden anerkennenden Nachruf, das kränkt nur die Gewißheit konnte der Direktor Vogelgang mitnehmen, es meinte niemand seinem System und seiner politischen Tätigkeit eine Kränze nach. Ein treuer Diener seines Herrn und Bekämpfer der Sozialdemokratie war der Kontorist, Herr Vlie. Er griff dem Direktor Vogelgang bei dem Kampfe gegen den „roten Drachen“ tapfer unter die Arme. Vorläufig sieht er in einer Staatspenalstrafe seiner späteren Belohnung entgegen. Er hat nicht nur dem Direktor Vogelgang im Kampfe mit dem „roten Drachen“ tapfer unter die Arme gegriffen, sondern er soll auch — ziemlich tief in die Rasse des Betriebes gelangt haben. Aufklärung hierüber dürfte erst die Gerichtsverhandlung bringen. Wie wird dem reichs- und wirtschaftlichen Schutzbund ob dieser „Vernichtung der Sozialdemokratie“?

Direktor Vogelgang hat sein Wirkungsgebiet nach Bergedorf verlegt, als Direktor und Mitinhaber einer Zuderfabrik. Ob er sich die Vernichtung der Sozialdemokratie auch in Bergedorf neben seiner „Tätigkeit“ zum Ziele gesetzt hat, oder ob er auf den Vorberufen, die er in Schulau geerntet hat, nun ausruhen will, wissen wir nicht. Jedenfalls dürften ihm die Verhältnisse gelehrt haben, daß der Arbeiter als mitbestimmender Faktor bei der Regelung der Arbeitsbedingungen nicht mehr ganz ausgeschaltet werden kann. Ein jeder Unternehmer, der das eingesehen hat und danach handelt, dient seinem Interesse am besten. Der neue Direktor Holland hat seit Oktober die Leitung der Fabrik übernommen. Die alten, eingearbeiteten Leute, die Direktor Vogelgang nach dem Streik mit der Hungerpreisse bearbeitet zu können glaubte, wurden wiedergeholt. Ein Zeichen des besseren Verständnisses der Sache. War somit der Streik auf der Zuderfabrik im Jahre 1907 verloren, das eine Gute hat er bezweckt: er begrub ein veraltetes System. Den Arbeitern, die jetzt auf der Zuderfabrik in Schulau beschäftigt sind, kann nur der gute Rat erteilt werden, den alten Adam zu erlösen und der Organisation beizutreten. Allen Einzelnen nach ist der Direktor Holland nicht der Mann, bei dem Liebhaber und Zuhörer erfundener „Wahrheiten“ den Vortug haben. Das System des Direktors Vogelgang, das für die Arbeiter sowie für die Gemeinde und den Betrieb verberblich war, dürfte somit endgültig begraben sein.

Nachdem vorstehendes schon im Druck geht uns noch die Mitteilung zu, daß inzwischen die Verhandlung gegen den Buchhalter Vlie stattgefunden hat. Derselbe ergab folgendes: V. ist seit einer ganzen Reihe von Jahren bei dem genannten Unternehmen tätig, bezog zunächst monatlich 100 Mk. und zuletzt 150 Mk. Gehalt. Außerdem hatte er einen Wohnungsgeldzuschuß von 450 Mk. jährlich. Neben seiner Stellung betrieb er noch ein Honiggeschäft. Die ihm zur Last gelegten Vermögensverhältnisse erstreckten sich über die Jahre 1903 bis 1908. Er soll sich in der Weise ausgeführt haben, daß er Arbeiter, die längt entlassen waren, noch immer in den Lohnlisten weiterführte, sich die Löhne vom Kassierer einhängen und sie in seine Tasche gleiten ließ. Es sind die Summen schließlich auf insgesamt 22000 Mark angekommen. Die Firma ist durch Angehörige des Vlies jählos gehalten worden, und sie hat auch keine Anzeige erstattet. Die Anzeige ist von anderer Seite erstattet worden. Der Angeklagte will durch große Verluste zu seinen Verpflichtungen gekommen sein, während von V. behauptet wird, daß er sehr vermögensreich gelebt hat. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis, während der Verteidiger, Dr. Herz, für eine mildere Strafe plädierte und auch die vorläufige Entlassung des Angeklagten beantragte. Erkannt wurde auf 15 Monate Gefängnis. Der Antrag auf Haftentlassung wurde abgelehnt, worauf sich der Angeklagte zum sofortigen Strafamt bereit erklärte.

Es scheint nachgerade Brauch zu werden, daß die Reichsverbandsschriften und Freunde der modernen Arbeiterbewegung sich den Versuch für ihre hauseigenen Tätigkeiten selbstherrlich aus dem Säckel der Unternehmer holen.

Korrespondenzen.

An Streiks oder Ausperrungen beteiligt sind wir in: Rärnberg, Rannheim und Elmshorn. Zugang nach dem angeführten Ort ist streng fernzuhalten.

Bodenwerder. Am Mittwoch, dem 11. November, verunglückte ein der Helfer Holz- und Bergwerke der Arbeiter A. Gerde dadurch, daß er beim Entzangen der Holzmassen ein Stein unglücklich war, daß ihn der Hinterkopf zertrümmert wurde und der Tod einige Stunden später eintrat. Das ist ein trauriges Ereignis, das die Arbeiter in diesem Betriebe. Vielleicht sieht man die Gewerkschaften einmal nach, ob die nötigen Vorsichtsmaßnahmen bei solchen Arbeiten getroffen werden. Wir begrüßeln das natürlich.

Bremen. Die Gewerkschaften Roland in Bremen haben im Laufe des Jahres mit einem erheblichen Erfolg abgeschlossen. Nachdem ein großer Teil der Betriebsleitung vor sich ging, sind die Arbeiter in der Hoffnung, mit dem neuen Herrn Direktor bessere Geschäftsverhältnisse zu erzielen, arg gekränkt. Das die Betriebsleitung nicht allein lausende ist, während die herausgerückten, sondern daß es vor allem Dingen auch auf die Qualifikation der Arbeiter ankommt, darüber ist der jetzige Herr Direktor noch nicht nachgedacht zu haben, denn hat hätte Entlassungen der alten eingearbeiteten Leute nicht verhindern können. Es soll zugegeben werden, daß die wirtschaftliche Lage auch diesen Betrieb nicht unbedingt gelichtet hat, aber dann liegt doch nicht der Grund zu seinem Vergehen, wie es in der letzten Zeit geschah ist. Es scheint vielmehr, daß der Herr Direktor Vöhring sich zwei Aufgaben gestellt hat: 1. die Organisierung im Betriebe nicht hochkommen zu lassen, und 2. die „Löhne“ (Löhne) (einige qualifizierte Arbeiter erhalten 24 bis 28 Mk.) abzuschneiden und dafür billigeren Leute einzustellen. Die Folge dieser Vorgehensweise wird eine erhebliche Beschäftigung durch welche bedenkliche Verluste entstehen, sein, und die Herren Arbeiter haben beim kommenden Abschiede auf ein Zwischenglied ein noch größeres Defizit. Da Ansticht vorzuziehen ist, daß durch eingezogene Ordere Arbeiterentlassungen notwendig werden, so ist auch nicht ausgeschlossen, daß versucht wird, durch veränderte Zeiten in auswärtigen Betrieben Gewerkschaften nach Bremen zu ziehen. Wir richten daher an alle Gewerkschaften, insbesondere an Schlarwachter und Plattenarbeiter, das Frischen, Bremen zu meiden, denn es sind hier stützende Gewerkschaften vorhanden, die ohne Beschäftigung sind.

Dresden. Die Arbeiter der Pflastersteinfabrik B. Müller, L. G. in Leubnitz-Neuschirra bei Dresden stellten Ende Oktober Lohnforderungen an die Firma, da die bisher gezahlten zum Leben kaum besten: Willen nicht ausreichten. Sie erreichten einen einheitlichen Lohn von 36 Pf. pro Stunde, während bis jetzt nur 32 bis 33 Pf. gezahlt wurden. Im nächsten Frühjahr sollen die gesamten Löhne neu geregelt werden, da dann die Produktion, die jetzt nur teilweise betrieben wurde, wieder neu aufgenommen werden soll. Unzweifelhaft werden dafür sorgen müssen, daß ihnen dabei ein gerechter Anteil gewährt wird.

Die in derselben Fabrik auf dem Neubau beschäftigten Arbeiter verlangten die Zahlung des tariflich vereinbarten Lohnes. Da ihnen dieser nicht zugestanden wurde, Verhandlungen mit dem Baumeister zu keinem Resultat führten, legten sie die Arbeit nieder und hatten nach tätigen Streik nunmehr den Erfolg, ihren errungenen Lohn auch zu erhalten.

Emmerich. Da es uns hier nach langer Zeit endlich wieder gelungen ist, ein Verammlungskolal zu erhalten, so sollte am Sonntag, dem 8. November, eine Betriebsversammlung für das Gewerkschaftsgebiet abgehalten werden. Aber — der Mensch denkt, und die Polizei lenkt — Lange vor Beginn der Verammlung war die heil. Hermandad zur Ueberwachung derselben erschienen, trotzdem sie ein Recht dazu nicht hatte. Ein holländischer Zigarettenmacher kam in den Saal, um einen Freund zu sprechen; kaum war er eingetreten, so wurde er von der Polizei notiert, ohne daß ihm ein Grund dafür mitgeteilt wurde. Die anwesenden Arbeiter, die das sahen, fürchteten nun, daß sie ebenfalls aufgegriffen werden würden, und verließen zum Teil das Lokal. Durch das unmotiviert Vorgehen der Polizei wurde die ganze Verammlung illusorisch gemacht, denn die Verführungen der Arbeiter waren nicht ganz unbegründet, da tatsächlich beratende Information der Unternehmer durch die Polizei über die Gesinnung der Arbeiter in Emmerich schon vorgekommen ist. Der Gewerkschaftsrat forderte deshalb die Polizeibeamten auf, den Saal zu verlassen. Der Hinweis auf das Vereinsgesetz hatte aber keinen Erfolg, der Polizeikommissar Meißner verbat sich jede Verletzung, da er das Gesetz kenne. Er bewies seine Kenntnis des Vereinsgesetzes dadurch, daß er die Behauptung aufstellte, er habe das Recht, jede Verammlung zu überwachen, sogar geschlossene Vereinsversammlungen. Er gab zwar zu, daß unsre Verammlung nicht der Polizei angezeigt zu werden brauchte, aber zu überwachen habe er sie trotzdem. Auf die Erklärung des Kollegen Junck, daß er sich die Ueberwachung unter keinen Umständen gefallen lasse, löste der Kommissar die Verammlung kurzzerhand auf. Seine Aufforderung, sofort den Saal zu räumen, wurde mit allgemeinem Gelächter beantwortet — der gelehrtskundige Herr hatte in seinem Polizeier ganz übersehen, daß eine Verammlung zum mindesten doch erst eröffnet sein muß, ehe sie aufgelöst werden kann. Als er vom Kollegen Junck darauf aufmerksam gemacht war, beruhigte er sich bald, blieb aber im Saal.

Durch das Vorgehen der Polizei war uns nun die Verammlung verweigert, es kam niemand mehr in das Lokal. Nachdem wir noch eine Stunde gewartet hatten, immer behütet durch die beiden Beamten, wurde die Verammlung vom Kollegen Junck eröffnet und die Polizei wiederum aufgefordert, den Saal zu verlassen. Die Antwort war die Auflösung der von noch ca. 10 Personen inkl. Referent und Polizei besuchten Verammlung. Selbstverständlich ist sofort Beschwerde wegen dieses Vorgehens eingelegt worden und wird die vorgelegte Behörde hoffentlich dafür Sorge tragen, daß die Polizei in Emmerich darüber befehrt wird, welche Verammlungen der Aufsicht der Polizei unterliegen und welche nicht.

Goch a. Rh. Vor einiger Zeit war es uns gelungen, in Goch, einer kleinen Stadt am Niederrhein, in der bis vor kurzer Zeit die „Christen“ unumwunden dominierten, einige Mitglieder für den Fabrikarbeiterverband zu gewinnen. Um den vorhandenen Mitgliederbestand noch zu vergrößern, war für Sonntag, dem 8. November, eine gemeinsame Verammlung für die Arbeiter des Netzwerks und der Margarinefabrik nach dem Lokale des Herrn Janßen einberufen. Das Referat hatte der Kollege Harleis-Köln übernommen. Leider war die Verammlung schlecht besucht. Der schlechte Besuch war wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß von den Betriebsangehörigen am Tage vor der Verammlung schon darauf hingewirkt worden war, die Arbeiter von dem Besuch der Verammlung abzuhalten. Auch wohnte eine ganze Anzahl der in den beiden Betrieben beschäftigten Arbeiter in den umliegenden Ortschaften von Goch, so daß diese Kollegen, wenn sie des Sonntags eine in Goch stattfindende Verammlung besuchen wollen, erst einen weiteren Weg zurücklegen müssen. So kam es, daß sich wohl eine Anzahl Arbeiter in der Verammlung eingefunden hatte, aber auch die Bureaubeamten der beiden Betriebe, ein Baumeister und auch Anhänger des katholischen Arbeitervereins waren recht zahlreich vertreten. Von einer allzu großen Bildung und parlamentarischen Anstand war in dem Benehmen dieser Verammlungsteilnehmer während des Vortrags des Kollegen Harleis nichts zu merken. Durch öftere Zwischenrufe machten die Herren ihrem bedrängten Herzen Luft, als der Referent auf die Ursachen und die Folgen des gegenwärtigen Elends hinwies. Es war dem Kollegen Harleis jedoch ein Leichtes, den Zwischenrufen jedesmal in recht ironischer Weise, unter den lebhaftesten Beifallsbezeugungen der übrigen Verammlungsteilnehmer, zu antworten. Dieser Umstand war es wohl auch zuzuschreiben, daß die Personen, die während des Referats am meisten die Zwischenrufe getan hatten, nach Schluß der Verammlung keine Courtoisie mehr besaßen, in der Diskussion dem Referenten entgegenzutreten. Das, was die Herren durch ihre Anwesenheit bezwecken wollten, die Arbeiter von dem Anschluß an den Fabrikarbeiterverband abzuhalten, haben sie doch nicht erreicht, denn nach Schluß der Verammlung trat eine Anzahl Kollegen dem Verbands bei.

Den bisherigen Mitgliedern wie auch den neuemgetretenen Kollegen möchten wir ans Herz legen, nun aber auch für immer treu zur Organisation zu halten. Bei Löhnen von 2,60 bis 3 Mark und einer Arbeitszeit, die vom Sonnabend zum Sonntag und von Sonntagmorgen zum Montagabend circa 18 Stunden beträgt, ist eine starke Organisation, wie es der Fabrikarbeiterverband ist, für die Gocher Arbeiter der Netzwerke und der Margarinefabrik eine unbedingte Notwendigkeit. Kollegen, laßt euch durch kein Mittel von dem einmal betretenen Wege abbringen. Sorgt mit Fleiß und Energie, vertritt mit der normativen Vorlicht dafür, daß auch die jetzt noch abseits stehenden Kollegen für den Fabrikarbeiterverband gewonnen werden, damit auch ihr euch menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen verschaffen könnt.

Kaupfart-Tätigkeit. Am Sonntag, dem 1. November, fand im Bezirk Feuerbach eine sehr gut besuchte kombinierte Mitglieder- und Betriebsversammlung statt. Zum ersten Punkt gab Kollege Grelmann den Kassenbericht vom 3. Quartal, welcher mit Befriedigung aufgenommen wurde. Eine kurze Debatte schloß sich daran. Zum zweiten Punkt: Die zukünftige Gestaltung der Auszahlung sämtlicher Unterstützungen, referierte Kollege Grelmann. Er wies nach, daß das gegenwärtige System, Auszahlung durch die Bezirksführer, wie auch das Abschneiden der Hilfskassierer mit denselben unzulässig sei, da jede Möglichkeit, eine Uebersticht über die Gesamtzahlstelle zu erhalten, fehle. Er schlug vor, daß in Zukunft alle Unterstützungen für die Bezirke Stuttgart und Unteracker im Bureau zur Auszahlung gelangen sollen, während für die Bezirke Feuerbach und Juffenhausen wegen ihrer großen Verzweigung ein Auszahlung in Juffenhausen errichtet werden soll. Dieser Punkt rief natürlich eine lebhafteste Debatte hervor. Gründe von weitestlicher Bedeutung konnten jedoch dem Vorschlage nicht entgegen gehalten werden. Es wurde deshalb mit großer Majorität demgemäß beschlossen. Danach werden in Zukunft alle Unterstützungen durch den Bezirksführer ausbezahlt. Unter dem dritten Punkt: Verbandsangelegenheiten, wurde eine lebhafte und sehr heftige Debatte über den „Fall Wagner“ geführt. Dieser Fall lehrt uns, daß man nicht vorichtig genug sein kann bei dem Versuch zu irgend einem Vertrauensposten. Dieser heiklerische Punkt, der es auf dem Verbandstage, wie auch auf der Gaukonferenz, ausgezogen verstand, sich als unzulässiger Eingriff des Delegierten vorzustellen, hat uns ein erhebliche Summen gekostet. Die Mehrzahl der Stuttgarter Kollegen ist der Meinung, daß hierbei der Gewerkschaftsleiter insofern falsch gehandelt hat, als er beide

Male benützt war, Wagner zu halten. Auf alle Fälle aber darf er nicht als Referent über den Verbandstag aufgestellt werden, nachdem Wagner doch bekannt war, daß Wagner ganz unfähig war, ein solches Referat zu halten. Daß Kollege Wörner eine Resolution von den Delegierten der Gaukonferenz unterschreiben ließ, die sich gegen die Stuttgarter Delegierten richtete, die die Erklärung abgaben, während des Referats Wagners die Konferenz zu verlassen, muß Wörner mit sich abmachen, den Delegierten konnten es die Stuttgarter Kollegen nicht abnehmen, im Gegenteil! Nicht richtig war es aber auch, daß selbst unter Geschäftsführer die Resolution mit unterzeichnete. Auch vom Hauptvorstand hätte einem alten Mitglied, welches die Beweise durch verschiedene Sachen erbringen wollte (!), etwas mehr Glauben geschenkt werden dürfen. Genau so das Schiedsgericht, da Wagner auf den Vorhalt von Benz selbst zugestanden, daß er auf die Erwerblosenscheine das Wort „übergeben“ gesetzt habe. (Im Protokoll des Schiedsgerichts steht das Gegen- teile. D. R.) Damit ist die Absichtlichkeit des Betrugs festgestellt. Die große Mehrzahl der Stuttgarter Kollegen ist eben der Meinung, daß man Wagner ein Vierteljahr eher losgeworden wäre, wenn ihm nicht von verschiedenen Seite immer wieder die Stange gehalten worden wäre. Wagner, wie seine Frau wurden einstimmig ausgeschlossen, ebenso der Kollege Schumberger-Feuerbach. Dieser, ebenfalls ein guter Freund Wagners, wurde nachträglich wegen eigenmächtigen Zurückhaltens von Verbandsgeldern in der Höhe von 10 Mk. ausgeschlossen. Wir glauben, daß nach dieser Verammlung die Ruhe in die Zahlstelle wieder eintreten wird, da es gerade diese beiden waren, die die ganze Zahlstelle in Alarm setzten. Jedenfalls werden wir auch in der Agitation bessere Fortschritte machen, wie seither in letzter Zeit. Daß mirs nötig haben, geht daraus hervor, daß es in Stuttgart noch Betriebe gibt, wo nicht ein Arbeiter organisiert ist. Ein großes Feld ist noch zu bearbeiten, wir dürfen keine Ruhe geben. Möge die Bezirksführer Verammlung dazu beitragen.

Ramen. In unserer Mitglieder-Verammlung am 1. November wurde ein Antrag verhandelt, der schon die vorhergehende Verammlung beschäftigt hatte. Der Antrag bezweckt, den Verammlungsbesuch zu fördern. Es sollen sämtliche Mitglieder verpflichtet werden, von den 12 jährlich stattfindenden Mitglieder-Verammlungen mindestens je eine im Vierteljahr zu besuchen. Zur Kontrolle sollen Karten ausgegeben werden, auf denen der Verammlungsbesuch bescheinigt wird. Der Antrag wurde angenommen. Vom 1. Januar an erhalten die Mitglieder die Kontrollkarten. Wer nicht mindestens eine Verammlung im Quartal besucht, hat eine Geldstrafe zu zahlen, die vom Hauskassierer eingezogen wird. Die übrigen Punkte der Tagesordnung betrafen interne Angelegenheiten. An dieser Stelle sei noch der Wunsch des Kollegen Niglass wiederholt, daß die Verammlungen sich immer eines so guten Besuches erfreuen möchten wie diese, zugleich sei die Aufforderung an die Mitglieder gerichtet, für den Ausbau des Verbandes tätig zu sein, damit wir nächsten Frühjahr bei Ablauf des Tarifvertrags die Interessen unserer Mitglieder voll und ganz vertreten können.

An die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter

erläßt die General-Kommission einen Aufruf, in dem zur Unterstützung der Organisation der Barbier- und Friseurgehilfen aufgefordert wird. Es heißt darin:

Der Kampf des Verbandes würde nutzlos bleiben und binnen wenigen Jahren würde das Ertrugene wieder hinweggeföhrt sein, wenn es nicht gelingt, einen größeren Stamm der Gehilfen-Gewerkschaft für die Organisation zu gewinnen und damit einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse auszuüben. Diese Erkenntnis bezog den Gehilfenverband bereits im Jahre 1906 an die Mitarbeit der Gewerkschaften zu appellieren. Der Kölner Gewerkschaftskongress sicherte diese Mitarbeit zu durch den folgenden Beschluß:

„Der fünfte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erklärt: Da die Agitation unter den Barbier- und Friseurgehilfen infolge der rücksichtigen Verfassung des fraglichen Gewerbes außerordentlich erschwert ist, und der Barbier-Frisierbund einen vorzüglichen Erkennungsdiens!“ unterhält, um den Gehilfen die Ausübung des Koalitionsrechts zu verlagern, ist es notwendig, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jede sich ihnen als Kunden der Barbier- und Friseurgeschäfte bietende Gelegenheit zur Auffklärung der Gehilfen benützen und nötigenfalls ihren Einfluß geltend machen, um die Gehilfeninhaber zu bewegen, das Koalitionsrecht anzuwerfemen.“

An alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands ergeht daher die Aufforderung, dem Verbands der Friseurgehilfen in der Agitation am Heranziehen der Gehilfen zur Organisation nach besten Kräften beizutreten. Wir hoffen dringend, daß es den vereinten Kräften der Arbeiterchaft gelingen wird, die der Organisation in diesem rücksichtigen Verufe sich entgegenstehenden Hindernisse zu überwinden und durch Schaffung eines starken Gehilfenverbandes auch auf eine gesündere Entwicklung der Berufsverhältnisse hinzuwirken. Um Agitationsmaterial und sonstige Aufklärungen wende man sich an den Verbandsvorstand Fr. Eylorn, Berlin N 58, Stolpischstr. 56.

Verbandsnachrichten.

Vom 10. November ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

- Hamburg 1,—. Speier —50. Neumünster —50. Steinf 1600,—. Halle a. S. 800,—. Harburg 800,—. Breslau 400,—. Hirschberg 237,06. Thorn 640. Oederan 222,94. Mathewow 200,—. Mannheim 16,60. Laupheim 15,04. Gmund 198,20. Braubenz 19,60. Leipzig 800,—. Wittenberg (Bez. Halle) 50,—. Freitrag 72,50. Vorch 45,84. Ulmeroda 1,—. Krefeld —50. Kiel —50. Eisenberg —50. Harburg —50. Flensburg —50. Zerbst 550,—. Hirschberg i. Schl. —50. Osterode a. S. 116,58. Dresden 800,—. Schönebeck a. E. 600,—. Schweinfurt 200,—. Langenberg (Neuß) 200,—. Mundenheim 11,50.

Schluß: Sonnabend, 14. November, mittags 12 Uhr. Fr. Brun, Kassier.

Die Abrechnung für das 3. Quartal 1906 haben eingekandt: Laupheim, Hemmigsdorf, Thorn, Offenbach a. M., Groß-Westen, Gmund, Hirschberg i. Schl., Osterode, Friedrischtadt, Rothenburg o. T.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

- Buch-Nr. 311 845, angeheilt auf den Namen Christoph Dahl am 16. März 1906 in Harburg.
- Buch-Nr. 181 057, angeheilt auf den Namen Hermann Gwers am 1. Oktober 1906 in Kiel.
- Buch-Nr. 368 853, angeheilt auf den Namen Johannes Peter Jodohusen am 15. September in Flensburg.
- Buch-Nr. 184 328, abhanden gekommen in der Zahlstelle Stadtilm.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

- Brandsbüttelsoog. Ernst Strahlenberg, Koopsweg 8.
- Pötk. Emil Ostrow, Schützenstraße 6.

Eingegangene Zahlstellen.

Seelen a. S. Angehlossen haben sich die Mitglieder der Zahlstelle Helfersbach an Mainz.

Aus der chemischen Industrie.

Chemische Arbeiter.

I.

Grundlage und Hauptzweig der deutschen chemischen Industrie, wie der gleichen ausländischen Gewerbe überhaupt, ist die Schwefelsäurefabrikation. Diese Säure bildet das technische Hilfsmittel, das in fast allen Zweigen der chemischen Produktion unentbehrlich geworden ist und industriell in Massen aus Schwefelkieseln mittels des Bleikammerverfahrens, neuerdings mittels des elektrischen Kontaktverfahrens hergestellt wird, nicht bloß für den Verkauf, sondern vor allem auch für den eigenen Verbrauch der chemischen Großbetriebe. Die Säuretürme mit ihrer Kiesröferei stellen in diesen Fabriken eine der wichtigsten Abteilungen dar. Von 193 360 Tonnen 60gradiger Schwefelsäure im Jahre 1878 ist die deutsche Erzeugung allein auf 1 300 000 Tonnen im Jahre 1904 gestiegen. England und Amerika weisen ähnliche Produktionsziffern auf, dann folgen Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Belgien und Italien mit entsprechend niedrigeren Mengen. In der Schwefelsäurefabrikation haben wir die erste chemische Branche vor uns, in der sich ein Großbetrieb entwickelt, und zwar bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Auf ihr fußt dann die fabrikmäßige Entfaltung der Sodaindustrie. 1905 waren in der deutschen Schwefelsäurefabrikation 99 Betriebe mit 6020 Arbeiter tätig. Da die Stapelung der Säure in großen Mengen wirtschaftlich unmöglich ist, existieren so gut wie keine selbständigen Schwefelsäurefabriken; die bestehenden sind hauptsächlich Betriebsabteilungen größerer chemischer Werke. Um Berlin und Hamburg, sowie am Rhein von Ludwigshafen bis Westfalen drängen sich die Stätten ihrer Herstellung zusammen. In Nord- und Ostdeutschland sind sie an den Hüttenbetriebe, namentlich im Harz und in Oberschlesien, außerdem an große Düngemittelbetriebe angeschlossen. Was uns aber aus diesen Betrieben am meisten interessiert, das ist die Soeben von der wissenschaftlichen Forschung Deutschland festgestellte Tatsache, daß wir in der Schwefelsäurefabrikation die chemischen Arbeiter mit den besten Löhnen und der ständigsten Beschäftigung zu suchen haben.

Diese für unsere Organisation und unsere gewerkschaftliche Taktik so wichtige Feststellung entnehmen wir dem vor wenigen Tagen erschienenen, außerordentlich gewissenhaft gearbeiteten Buche von Dr. Eilmar Dröffer: „Die technische Entwicklung der Schwefelsäurefabrikation und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung“ (Leipzig 1908, Verlag W. Klinckschardt, 220 Seiten). Ein junges, forschungsbegeistertes Mädchen, das sich mit dem Buche die wissenschaftlichen Sporen verdient hat, liefert uns hier eine Reihe der wichtigsten Daten, zu deren Sammlung und Verarbeitung die Arbeiterklasse selbst noch nicht weit genug fortgeschritten ist, auch in unserer Organisation noch nicht. Das fleißige Werk ist daher nicht bloß ein glänzender Beweis für die Gleichberechtigung der Frau im geistigen und sozialen Kampfe, sondern auch für die Notwendigkeit der engen Verbindung, welche die klassenbewußte Arbeiterbewegung mit der Wissenschaft zu halten hat, um auf dem kürzesten Wege vorwärts zu kommen. Ebenso, wie die einleitenden Mitteilungen unseres Artikels dem Dröffer'schen Buche entstammen,

teilen wir im nachfolgenden die wichtigsten Angaben über Arbeiterverhältnisse aus ihm mit, um unsere agitatorisch tätigen Kollegen nicht bloß auf die Richtung hinzuweisen, welche die Forscherin angibt, sondern um sie auch zur Unterprüfung, Kritik und Ergänzung des Mitgeteilten anzuregen. Die Verfasserin selbst hat nicht bloß aus Büchern, sondern vor allem auch von Unternehmern, Beamten und Arbeitern Material zu erlangen gesucht. Und während sie bei den chemischen Giftpüttengewaltigen beziehungsweise, wie andre schon so oft auch, fast keine Unterstützung fand, haben ihr die Arbeiter und unsere Verbandsbeamten, an die sie sich wandte, jede mögliche Förderung zuteil werden lassen, wie sie selbst rühmend erwähnt. Das ist die von Duisberg und Genossen so laut und oft gerühmte Liebe des Kapitals zur Wissenschaft! Diese Liebe geht eben auch hier nur so weit, als das Profitinteresse reicht. Wo aber etwa gar wissenschaftliche Feststellungen in Frage kommen könnten, die dem Profit nicht ganz angenehm wären, da verwandelt sich die Liebe der Bourgeoisie zur Wissenschaft sofort in gründliche Abneigung. Desto mehr haben wir Proletarier Ursache, die vom Kapital beherrschte Wissenschaft zu hüten!

Aus der früheren handwerksmäßigen Herstellung der Schwefelsäure in den Apotheken durch Meister und Gesellen ist jetzt die Fabrikation mit weitgehender Arbeitsteilung geworden. Im heutigen Bleikammerbetriebe, der immer noch die größten Mengen liefert, lassen sich nach Dr. Dröffer die Arbeiter in folgende Gruppen scheiden: 1. Hauptarbeiter: a) Ofenarbeiter (kraftfordernde Massenarbeit); b) Kammerwärter, zugleich für Tüben (Qualitätsarbeiter); c) Konzentrationsarbeiter (Qualitätsarbeiter). 2. Hilfsarbeiter: a) für Rohstoffvorbereitung durch Brechen oder Sieben, für Rohstoffzufuhr und Abbrandabfuhr; b) Reparaturarbeiter, d. h. Bleilöter und Schlosser (qualifizierte Arbeiter); c) Heizer für die Dampfkesselanlage; d) Hilfsarbeiter bei den Druckfässern. Die Ofenarbeiter brauchen stets einige Zeit, um sich mit den Defen und den Kiesen einzuarbeiten, „vorausgesetzt, daß man ihnen einige Selbständigkeit läßt“, was nach unseren Erfahrungen nur die Minderzahl der Giftpüttengewaltigen übers Herz bringt, weil sie sich einen Arbeiter ohne weitgehendste Bevormundung gar nicht denken können. Den Neueingetretenen stellt man zum Anlernen neben einen Eingearbeiteten. Oft wird einem sog. „ersten Arbeiter“ an den Defen die Hauptverantwortung zugeschoben. Wo aber, wie die Verfasserin nicht deutlich sagt, wie wir aber deutlicher sagen können, wegen der Erbärmlichkeit der Arbeitsverhältnisse in der Fabrik im allgemeinen auch hier fortwährend Arbeiterwechsel herrscht, den die Direktoren heuchlerisch beklagen, jedoch durch ihre Befehlshaber der Leute selbst hervorgerufen, da muß der Säuremeister oder gar der Betriebsleiter selbst die erforderliche Sorgfalt und Gehörtheit durch vermehrte Aufmerksamkeit erzeigen. Das ist so ein Punkt, an dem heute noch gesagt werden kann, daß das kapitalistische Profitinteresse den technischen und damit den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt direkt hemmt, wo also einzig und allein die klassenbewußte Arbeiterbewegung für den Kulturfortschritt sorgt. Dr. Dröffer schließt ihre Beobachtungen hier ganz in Übereinstimmung mit unsern gewerkschaftlichen Bestrebungen wie folgt: „Am geeignetsten für die kraftfordernde Bedienung der Defen ist ein gesunder, kräftiger, zuverlässig die gewohnte Arbeit verrichtender Arbeiter.“ Was wird unsere Organisation noch zu schaffen haben, ehe sie dieser Wahrheit

zur allseitigen Geltung und Wirklichkeit im chemischen Fabrikbetriebe verhilft! Noch mehr sind aber nach Dr. Dröffer Urteilskraft und eine gewisse Einficht in die Vorgänge der Bleikammern notwendige Eigenschaften für den Posten eines Kammerwärters bei der Schwefelsäurefabrikation, ebenso für die Konzentrationsarbeit mit ihren kostbaren Apparaten. Diese Arbeiter müssen bei einer Störung des Betriebes selbständig die ersten Maßnahmen ergreifen können. „Sorgsame Aufmerksamkeit, zuverlässige Arbeit und Intelligenz sind notwendig.“ Auch das Löten und Ausbessern der Bleikammern muß von geschickten und sehr geübten Händen ausgeführt werden. Oft finden sich gelehrte Schlosser unter den Bleilöttern. Gewöhnlich wird ein jüngerer Arbeiter von einem bewährten Bleilöter angeleitet. In kleineren Fabriken ist bisweilen der Bleilöter zugleich Kammermeister oder Kammerwärter. Wo die automatische Bedienung und Regelung der Defen durch maschinelle Einrichtungen Platz greift, und das Bestreben dazu ist nach der Verfasserin erkennbar, da verringert sich sowohl die Anzahl der Arbeiter wie der ungelernen Arbeiter, aber nicht die Höhe der geistigen Anforderungen, die an sie gestellt werden müssen. Ueberwacht wird der Bleikammerbetrieb von den „Meistern“, oft früheren Kammerwärtern, denen die Messungen und die Kontrolle obliegen, und über jenen steht der chemisch gebildete Betriebsleiter, der „Doktor“, wie unsere Leute sagen. Der heutige geringe Preis des Produkts wirkt nach Dr. Dröffer nur bei äußerster sorgfältiger Ueberwachung jedes einzelnen Teiles der Schwefelsäurefabrikation und bei äußerster Ausnutzung der Apparate einen Gewinn ab.

Die technische Natur der einzelnen Vorrichtungen übt ihren Einfluß auch auf die Ständigkeit der Beschäftigung aus. Der Wechsel in den Arbeitsstellen bei der eigentlichen Säurearbeit wird nach Dr. Dröffer „möglichst eingeschränkt und veranlaßt die Unternehmer, die Arbeiter möglichst zu halten“. Diese Schwefelsäurearbeiter bilden im allgemeinen den konservativen (?) Arbeiterstamm der Fabrik, im Gegensatz zu den leicht wechselnden, unruhigeren (?) Truppen der Hilfsarbeiter und Handlanger. Dienstalter von 30 Jahren im selben Betriebe sind keine Seltenheit.“ Als interessanter Einzelfall, in dem sich eine Rangordnung des Personals durch Sichtung gebildet hat, wird das Vorgehen der Oerlschen Hütten am Harz bezeichnet. Dort würden die jüngeren Arbeiter von 18 bis 24 Jahren zunächst mit Neben- und Hilfsarbeiten beschäftigt, dann die älteren von ihnen allmählich zu Aushilfsstellen am Ofen herangezogen, bis sie nach der Reihenfolge des Eintritts (?) zum Ofenarbeiter aufstiegen. Die Beständigsten und Zuverlässigsten aus ihnen würden zur Wartung der Kammern und Türme ausgesucht. Aus ihnen „könnten“ endlich die Tüchtigsten als Meister hervorgehen. Hier wären Mittelteilungen aus Kollegenkreisen der betreffenden Gegend darüber, ob sich diese beamtenmäßige Ausbildung so glatt vollzieht und unter welchen Nebenbedingungen, besonders wertvoll. Vielleicht hat sich in Oerl eine abgeschlossene, für Zuwandernde nicht zugängliche Arbeiterzunft Angefeffener herausgebildet, wie wir sie ähnlich auch in andern Branchen ohne die hier hervorgehobenen technischen Voraussetzungen und Ursachen haben. Die Abgelegenheit der Fabrikationsstätte spricht dafür. Und ist die Ständigkeit der Beschäftigung in Charlottenburg, Hamburg, Hocht und Ludwigshafen am Säureofen wirklich noch so groß, wie Dr. Dröffer sie schildert? Ihr selbst wird sicher die Bestätigung oder Nicht-

Wirtschaftliche Rundschau.

Deutschlands industrielle Entwicklung. — Wirtschaftliche Folgen der Handelsverträge. — Schädigung Deutschlands auf dem Weltmarkt. — Präsidentenwahl. — Steuerreform. — Arbeitsmarkt.

Wer die verschiedenen Ereignisse der letzten Zeit zusammenfaßt, kann der Befürchtung nicht sich entziehen, daß Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung an einem Wendepunkt steht. Folgendes Bild illustriert das industrielle Emporwachen Deutschlands. Es wurden produziert in 1000 Tonnen

	1887	1906	Zunahme in Prozenten
Steinkohlen	60 334	137 118	127
Braunkohlen	15 895	56 420	255
Steinfalz	405	1 235	250
Kalifalz	1 080	5 542	413
Eisenerze	9 351	26 734	186
Gießereierzeugnisse	4 024	12 292	205
Zuder	910	2 124	134

In derselben Zeit ist die Bevölkerung Deutschlands von 47 1/2 Millionen auf 61 Millionen, also um nur 7,37 Prozent gestiegen. Es ist zweifellos ein stolzer Aufschwung, den die deutsche Industrie in zwei Jahrzehnten genommen hat. Um so mehr, und besonders im Interesse der Arbeiterklasse, ist zu bedauern, wenn durch äußere Umstände die Emporenwindung nun wenigstens in ihrem Tempo bedroht ist. Und das ist zunächst durch unsere neuen Zölle und die darauf aufgebauten Handelsverträge der Fall.

Eine der unangenehmsten Folgen der neudeutschen Zollpolitik, mit der Festlegung aggressiv hoher Zölle auf Erzeugnisse der Agrarkultur, ist die Teuerung der Lebensmittel. Eine Teuerung, die die Kaufkraft des Geldes ganz erheblich herabgemindert hat, so stark, daß die eingetretene Lohnherabsetzung kaum ausreicht, die Preisauflage auszugleichen. Eine weitere Folge war die Erschwerung der deutschen Konkurrenz auf dem Auslandsmarkt. Das Ausland rebanchierte sich für die Heraussetzung unserer Agrarzölle, indem es die Eingangszölle auf deutsche Industrieerzeugnisse heraufsetzte. Um dem zu entgegen, legten deutsche Kapitalisten vielfach im Auslande Fabriken an. So wirkten eine Menge Faktoren zusammen zur Verschlechterung der Verhältnisse am deutschen Arbeitsmarkt. Gegen das Hineinziehen in den Krisenstrudel war der deutsche Arbeiter nicht geschützt, aber auf seinen Schultern lastet andauernd der fürchterliche Druck ungewöhnlich hoher Lebensmittelpreise und macht für ihn Arbeitslosigkeit und Lohnverminderung doppelt und dreifach schmerzhaft. Und das ist das Schlimme: die Arbeiterklasse hat an der guten Konjunktur nicht nur nicht den entsprechenden Anteil genommen, sie hat wenig Hoffnung, bald ein besseres Verhältnis zwischen Einkommen und Lebensmittelpreisen herbeigeführt zu sehen. Abgesehen von der Krise, macht sich in unsern Außenhandelsbeziehungen nun schon allmählich der Einfluß der neuen Handelsverträge bemerkbar. Kennen der Verhältnisse haben die Befürchtung ausgesprochen, daß das für die Folge noch schlimmer

werde. Und leider hat das deutsche Volk mit Umständen und Verhältnissen zu rechnen, die solche Ansichten als nur zu berechtigt erscheinen lassen.

Zu den Wirkungen der Handelsverträge treten Einflüsse der äußeren Politik, die das deutsche Wirtschaftsleben beunruhigen. Nämlich veröffentlichte eine englische Zeitung („Daily Telegraph“) Unterredungen, die zwischen dem deutschen Kaiser und englischen Diplomaten stattgefunden haben. Die Authentizität der Auslassungen ist von der offiziellen „Norddeutschen Allgemeine Ztg.“ anerkannt worden, und sie waren solcher Natur, daß in Frankreich, England, Rußland, Japan, China eine wilde Empörung gegen Deutschland angefaßt werden mußte, und alle Staaten in Deutschland einen hinterhältigen Pardon sehen mußten, dem man nicht über den Weg trauen darf. Solche nationalistischen Erregungen, besonders wenn nicht irgend ein konkreter äußerer Vorfall die eigentliche Ursache ist, sondern ein Mißtrauen, das die plötzliche Erkenntnis des Charakters einer fremden Regierung auslöst, sind von großer Bedeutung. Die nachteilige Wirkung der letzten Auslassungen Wilhelm II., über welche die Fejer ja aus der Tagespresse unterrichtet sind, wird auch am Arbeitsmarkt nicht spurlos vorübergehen. Zudem haben die Vorgänge uns einen neuen Beweis dafür erbracht, daß unter den bestehenden Verhältnissen über Nacht ein Krieg heraufbeschworen werden kann, dessen wirtschaftliche Folgen unübersehbar sind.

Ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der kommerziellen und industriellen Welt in Anspruch nahm, war die in vergangener Woche vollzogene Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten. Aus der Wahl ging der Kandidat der Republikaner, Taft, ein Freund des bisherigen Präsidenten Roosevelt, als Sieger hervor. Der Kandidat der Demokraten, Bryan, an dessen Sieg man vielfach geglaubt hat, ist unterlegen. Die Wahl hatte in unsern wirtschaftspolitischen Beziehungen, als Taft bekannt ist, Anhänger des Hochzollsystems zu sein, während andererseits Bryan des Ruhmes sich erfreute, höchstens einem gemäßigten Zoll zu huldigen. Nach dem Ausfall der Wahl muß man damit rechnen, daß vorläufig in unsern Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten eine verbessernde Veränderung nicht eintritt.

Als ein Faktor, der der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland nicht förderlich ist, diese mehr hemmt, muß die von Kreuzen und im Reich geplante Steuerreform bezeichnet werden. Zur Bilanzierung des Reichsetats sollen ca. 500 Millionen Mark neuer Steuern aufgebracht werden. Davon können rund 300 Millionen Mark als eine Konsumsteuer bezeichnet werden, die in der Hauptsache von der breiten Masse der Bevölkerung aufgebracht werden muß. Das bedeutet eine neue erhebliche Verschärfung der Lebenshaltung! Dazu kommt die Gas- und Elektrizitätssteuer, die nicht nur den Verbrauchern von Gas und Elektrizität für Beleuchtungszwecke, sondern auch den Konsumenten, die die Erzeugnisse als Kraft bezugnen, neue Lasten aufbürdet. Dadurch wird der Verwendung von Gasmotoren und elektrischer Energie zweifellos ein Hindernis bereitet, das ebenfalls wieder die Folgen am Arbeitsmarkt zeitigen wird. So vereinigen sich eine Menge widriger Umstände und Verhältnisse zu einem Gesamtbilde düsterer Couleure.

Was die Lage am Arbeitsmarkt anlangt, so kann von einer Besserung und von Ausflüchten auf eine solche immer noch nicht ge-

sprochen werden. Selbst in Unternehmertreuen hat der pessimismus sich stärker entwickelt. Hoffte man bisher, der nächste Frühling werde eine kräftigere Belebung bringen, so hat man jetzt dergleichen Hoffnungen bis zum folgenden Herbst verschoben. Unzweifelhaft hat sich in der Montanindustrie, dem eigentlichen Herzen des deutschen Wirtschaftslebens, die Lage in den letzten Wochen weiter verschlechtert. Feiertagsfeiern, Entlassungen, Betriebsbeschränkungen und natürlich auch Lohnreduktionen nehmen einen beachtlichen Umfang an. Das Kohlenpreyndikat hat für die Kohlerzeugung eine Einschränkung von 40 Prozent beschlossen; mit der gleichen Produktionsbeschränkung rechnet man für die dem Stahlwerberband angeschlossenen Werke mit den Halbzeug- und Walzfabrikaten. Fast noch trostloser sieht es in der Textilindustrie aus. Zwar hat man von Reduktion der Beschäftigten in größerem Umfang bisher noch abgesehen, aber in manchen Bezirken wird an 2 Tagen in der Woche gefeiert, oder die tägliche Arbeitszeit ist um mehrere Stunden verkürzt worden. Die traurige Lage am Baumarkt benutzt das Unvermerten dazu, die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern und den Arbeitsnachweis vollständig unter seine Kontrolle zu bringen. Das sollen die Arbeiter in den Branchen und Berufen, wo die Arbeitslosigkeit noch nicht den großen Umfang angenommen hat wie im Baugewerbe, sich als Warnung dienen lassen.

Wie groß die Arbeitslosigkeit zurzeit in Deutschland ist, das kann zahlenmäßig nicht genau festgestellt werden, schon darum nicht, weil sich die Arbeitszeitverkürzungen und Feiertagsfeiern schlecht in den Rahmen einer Statistik einfügen lassen und darüber irgendwelche kontrollierbare Angaben nicht vorliegen. Berechnet man die Zahl der Beschäftigten nach den Angaben der Krankenkassen, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß zurzeit in Deutschland ca. 200 000 Personen weniger beschäftigt sind als im Vorjahre. Berücksichtigt man weiter, daß die Nachweigungen der Berufsgenossenschaften ein Anwachsen der Beschäftigten von jährlich 500 000 im Durchschnitt ergeben, dann greift man nicht zu hoch, wenn man die Zahl der Arbeitslosen auf 600 000 einschätzt! Daß die Arbeitslosigkeit in manchen Städten und Gemeinden Massenelend, Notlaufung zeitigt, kann man daraus erkennen, daß nun in zahlreichen Kommunen die Frage der Nothstandsarbeiten aufgestellt wird. Sogar der Minister des Innern hat sich veranlaßt gefühlt, die alsbaldige Jnanergriffnahme bereits langjährigster Staatsbedienten anzuordnen, um damit dem Jammer der Arbeitslosigkeit wenigstens etwas zu steuern. In den Kommunen bleibt es meist bei platonischen Siebeserklärungen für die Arbeitslosen. Da man trotz der vorauszuiehenden Krise fast nirgends entsprechende Vorbereitungen getroffen hat, sind die Stadt- und Gemeindefürsorge gar nicht in der Lage, jetzt plötzlich in größerem Umfang Arbeitslose zu beschäftigen. Ueber ganz beschränkte Einstellungen kommt man selten hinaus. Das beweist, wie notwendig es auch vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus ist, den Kommunalwahlen größte Beachtung zu schenken und dafür zu sorgen, daß solche Leute in die Parlamente einziehen, deren Wirksamkeit systematisch auf soziale Fürsorge gerichtet ist. Aber immer und immer wieder muß es auch gesagt sein: der beste Schutz gegen die schrecklichen Folgen der mit der kapitalistischen Wirtschaft unvereinbar verknüpften Krisen ist der Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation!

Bestätigung ihrer Beobachtungen durch Neuprüfungen aus Arbeiterkreisen am wertvollsten sein.

Bei dem neuen Kontaktverfahren unterscheidet sich nur die Arbeit am Apparat, der an Stelle der Bleikammern getreten ist, von derjenigen beim alten Verfahren. Der Reinigungsarbeiter muß verstehen, mit den großen Apparaten umzugehen und kleine Reparaturen, also einfache Maschinen- und Schlosserarbeiten, zu verrichten. Der eigentliche Apparat-arbeiter hat sehr sorgfältige Beobachtungen und Messungen vorzunehmen, die Intelligenz und Umsicht erfordern. Eine Zeit von dreiviertel Jahren und mehr ist nach Dr. Dröffer für einen intelligenten Mann zum Erlernen erforderlich. Ebenso bei der Abheilung der Säure. In einer großen Fabrik des Oberrheins wurde eine Arbeitsteilung berart durchgeführt, daß an sämtlichen zehn Apparaten drei Arbeitern und einigen Hilfsarbeitern bestimmte Einrichtungen zugeteilt waren und jeder dieser Arbeiter seine spezielle Teilarbeit an allen Apparaten zu leisten hatte. „Darin scheint eine große Ueberbürdung der Arbeiter zu liegen“, meint Dr. Dröffer, „und der Verlauf des Prozesses (Fabrikationshergangs) kann höchstens dann ein normaler sein wenn eine vermehrte Oberaufsicht das ersetzt (?), was die Arbeiter veräumen.“ In anderen Fabriken fand sich eine andre Arbeitsteilung. Unsere Forscherin hält die Zuteilung des Gesamtapparats an einen Mann, der entweder Reinigung und Kontakt oder Kontakt und Ableitung besorgt, für das Beste; ein Zweiter müsse die Nacharbeit besorgen. Die Ueberwachung der Apparatur müsse einheitlich sein und der Vorarbeiter „unbedingten Ueberblick über den Gesamtverlauf des Prozesses haben.“ Die Arbeiter erhielten dadurch eine abwechslungsreiche, qualifizierte Beschäftigung, die Allgemeinintelligenz beanspruchte. Arbeiter, die früher an Bleikammern geschäftig hätten, zögen die Arbeit an Kontaktapparaten weit vor, selbst in einem Falle, in welchem über Undichtigkeiten der Apparate geklagt wurde. Hier würden also vorteilhafte Folgen für die Beschaffenheit und Ständigkeit der Arbeit sogar noch in höherem Grade eintreten, als bei den Bleikammerarbeitern. Ob dem so ist, haben unsere wissenden Leser zu entscheiden.

Soweit das neue Buch über die Art der Arbeit und ihre sozialen Folgen! Es bleibt nun übrig, das nächste Mal nach derselben Quelle zu schildern, welche gesundheitlichen Zustände, welche Arbeitszeiten und Löhne für die Schwefelsäurearbeiter von Dr. Dröffer festgestellt wurden und das Gesamtergebnis für unsere gewerkschaftlichen Bestrebungen daraus zu ziehen.

Die Vererbung der Anilinderkrankung.

Einen sehr wichtigen Wink für Anilinarbeiter und ihre Gesundheitsverhältnisse enthält folgende Mitteilung, die soeben durch die Presse geht, ohne daß die bürgerlichen Berichterstatter die Tragweite ihrer Mitteilungen für große Arbeiterkreise und ihre Angehörigen ahnen. Vor einiger Zeit hat der amerikanische Gelehrte Dr. Oscar Huddle in der Wochenschrift „Science“ eine im ersten Augenblick vollkommen verblüffende Beobachtung veröffentlicht, die jedoch dadurch ein erprobtes Gesetz ergibt, daß es keine praktischen Verände einer geerbten Körperlichkeit von Rang vorführt. Es handelt sich um die seitliche Ercheinung, daß eine Beimengung eines im Handel als Sudan III bezeichneten Farbstoffes, der ein spezifisches Färbemittel für Fett besitzt, zum Futter der Hennen in der Legezeit eine Verfärbung des Dotters der gelegten Eier erzeugte. Die Verfärbung hielt auch der Wiederholung stand. Die Eibotter zeigten sich stets in longitudinalen Röhren gefärbt. Der Träger dieser fälschlichen Eigenschaft, das „Sudan III“, ist ein so gut wie geschmackloser Körper, der als rotes Pulver oder in Olivenöl gelöst dem Hühnerfutter beigezogen werden kann. Man gibt einer Henne eine verhältnismäßig nur geringe Dosis, nämlich 3—25 Milligramm. Mit der Menge nimmt auch die Stärke der Färbung zu. Das merkwürdigste an der Sache ist aber der Verlust, den die Verfärbung in der Nachkommenschaft nimmt. In seinem Stadium sind sorgfältige Prüfversuche angestellt worden. Bei der allmählichen Entwicklung des Embryos aus dem gefärbten Dotter bleibt dieser in den 10 Tagen vollkommen durchsichtig und farblos. Sobald sich aber bei dem in der Entwicklung begriffenen Küchlein die ersten Färbungen zeigen, macht sich auch, zuerst in dem Bindegewebe zwischen Weinen und Unterleib, die Farbwirkung geltend. Allmählich breitet sich diese gefärbte Flüssigkeit aus, überzieht Kopf und Hals und erreicht auch den Rücken. In diesem Stadium ist die Verfärbung im Dotter geschehen. Es zeigt sich demnach, daß die Färbung im Eibotter ist, den Färbstoff aus dem Dotter aufzunehmen, während die Nachkommen keine Spur von ihrer reinen Verfärbung verlieren. Das spezifische Färbemittel Sudan III ist also imstande, sowohl das Fett der Hennen, als es vererbt wird, zu färben, als auch die fertigen Anteile des Dotters. Das Küchlein, das seinen Körper aus dem Eibotter aufbaut, wird in seinen Zelllagen durch diese Nahrung gleichfalls gefärbt, womit zum erstenmal ein ganz vereinzelter Fall eines direkten Uebertrages eines Bestandteils von der Mutter auf das Ei und vom Ei auf die Nachkommenschaft erwiesen ist. Sollte sich nun die Wissenschaft nicht vor allem an die Frage machen, ob nicht auch die Anilinderkrankung der chemischen Arbeiter einen höchst unvorstellbaren Einfluß auf ihre Nachkommenschaft ausüben? Am Ende sind doch Menschen und ihr Schicksal mindestens so wichtig wie Hennen und Küchlein!

Die Finanzen des Königreichs Italien.

Bei Gelegenheit der Einbringung ihrer 36 Millionen Aktien und ihrer letzten Anleihe von 15 Millionen an der Berliner Börse teilt die Handels- und Seefahrtsbank in London, unter größter Gewissheit dem Reichstag mit, daß von dem 34,30 Millionen betragenden Budget der Anlagen 10,42 Millionen auf Grundstücke, Gebäude, Eisenbahnen entfallen und 23,88 Millionen auf Apparate und Maschinen. Von den 23,88 Millionen betragenden Vorarbeiten betragen zwei Fünftel aus Rohstoffen und drei Fünftel aus Halbfabrikaten und fertigen Produkten. Die architektonische Seite enthält 12,66 Millionen, die architektonische 8,32 Millionen. Das sind Finanzen, wie sie manche Großstadt nicht hat! Die Dividende betrug bekanntlich in den letzten Geschäftsjahren je 30 Prozent gegen 27 Prozent im 1905 und 24 Prozent im 1904. Ueber das laufende Jahr sagt der Bericht, daß der Geschäftsgang nicht unbefriedigend geblieben sei, daß der allgemeine Uebergang der Konjunktur, jedoch sei es nicht möglich, aber das günstigste Ergebnis schon jetzt gegenüber den vorhergehenden Voranschlägen zu machen. Es wird schon richtig bei den 30 Prozent Dividende bleiben, denn die Anleiheauszahlung in der Zukunft ist nicht schwächer geworden.

Die chemische Industrie Italiens. Nach neuesten Quellen macht Dr. Grossmann im deutschen Warenverzeichnis, der „Chemischen Jahrbücher“, Angaben über die Entwicklung der Industrie im Jahresverlauf. Danach hat sich die chemische Industrie Italiens, welche nach der letzten Gewerbesteuer im Jahre 1903 in 2801 Betrieben mit 35 000 Arbeitern beschäftigt und über 42 498 Arbeiter beschäftigte, in den letzten Jahren außerordentlich günstig entwickelt, was gerade in Italien eine Reihe von Momenten vorhanden ist, welche dieser günstigen Entwicklung in hohem Grade förderlich wirken. Hierzu gehören vor allem der günstige Wandel an Kohlen, die Sicherheit ungestörter mineralischer Lagerstätten, hohe Transportkosten und der weit reichende Preis vieler Rohstoffe. Ferner kommt hierzu noch als wichtiges

unabhängiges Moment das italienische Besteuerungssystem mit seinen vielfach lästigen Abgaben und hohen Zöllen. Allerdings hätten die hohen Schutzzölle zum Teil auch das Emporkommen mancher Industriezweige begünstigt, zugleich aber auch den Konsumenten und Weiterverarbeitern sehr hohe Preise für zum Teil unentbehrliche Rohstoffe und Halbfabrikate auferlegt. Der neuere Aufschwung der italienischen chemischen Industrie hat vor allem seit der Zeit, als man begann, die in reichem Maße vorhandenen natürlichen Gipsstränge des Landes, vor allem die Wasserfälle, für die chemische und besonders für die elektrisch-chemische Industrie nutzbar zu machen. Die Schwefelsäurefabrikation ist auch in Italien die Hauptbranche der chemischen Industrie. Die Handholzdindustrie hat im Fiskaljahr 1906/07 63 754,5 Millionen Fündhölzer hergestellt. Gegenüber dem Stand der Industrie vor mehreren Jahren bedeutet diese Zahl einen großen Fortschritt. Die Zahl der Fabriken hat dagegen stark abgenommen, und zwar ist sie von 330 im Jahre 1898/99 auf 180 im letzten Fiskaljahr zurückgegangen. Der Export hingegen, der im letzten Jahre 18 773,8 Millionen Fündhölzer betrug, hat sich im letzten Jahrzehnt annähernd verdoppelt, während der heimische Verbrauch ungefähr um ein Viertel zugenommen hat. Die auf der Industrie liegende Fabrikationssteuer hat dem Staate in den letzten Jahren durchschnittlich 9 Millionen jährlich eingebracht. Die Ansicht, daß die industriellen Kräfte nur geschlossenen Einfluß auf die Regierung erringen können, hat auch hier in jüngster Zeit bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Im Jahre 1906 bildete sich in Mailand unter dem Namen „Associazione per l'incremento la tubola dell'industria chimica italiana“ eine Vereinigung, welche „in energischer Weise die Interessen der italienischen Industrie ebenso wie der deutsche Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie“ vertreten soll. Ueber die Organisation unserer italienischen Kollegen wird nichts mitgeteilt. So nützlich lernen auch sie von ihren Unternehmern!

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

— Lohnreduzierungen für die Ziegelpampa 1909.

Die gegenwärtige Krise zeitigt auch für die Ziegelerbeiter bedenkliche Folgen. Durch das schmale Organisationsverhältnis sind sie am weitesten den Schwankungen des Arbeitsmarktes unterworfen, sie sind nicht in der Lage, sich stabile Arbeitsbedingungen zu schaffen. Während der Hochkonjunktur, wo sich die Arbeiter den besten Gewerben zuwenden, sehen sich auch die Ziegelerbeiter gezwungen, einige Verbesserungen zu gewähren, die aber beim Abflauen der Konjunktur, wenn der Arbeiterstrom wieder zurückfließt, sofort rückgängig gemacht werden. Das zeigt sich auch jetzt wieder in der westfälischen Ziegelindustrie. Im Jahre 1906 wurden dort die Löhne um einige Pfennige aufgehoben, und nun beschließen die Ziegelerbeiter, wie aus Dortmund vom 10. November gemeldet wird, für die Kampagne 1909 die Löhne um fünf Prozent zu kürzen. Damit wären also die alten Lohnsätze von 1905 wieder hergestellt und die Ziegelerbeiter können bei der kommenden Konjunktur wieder fünf Prozent zulegen, ohne daß ihr Profit geschmälert wird.

Die Herabsetzung der Löhne wird aber keineswegs mit niedrigen Preisen motiviert denn diese weiß das Ziegeldiätat sehr gut hoch zu halten, sondern mit dem Ueberfluß an Ziegeln. Der Steinvorrat sei so groß, heißt es im Beschluß, daß der Bedarf bis zur Saison 1910 gedeckt sei. Hier zeigt sich wieder deutlich die Schädlichkeit der unvernünftig langen Arbeitszeit. Man bräut die Ziegelfabrikanten täglich zwölf und mehr Stunden aus, häuft ungeheurer Vorräte an und bräut dann die jämmerlichen Löhne herunter. Das ist für die Arbeiter wiederum ein Grund, sich noch mehr abzurufen und abzugeben, um den Lohnausfall wieder auszugleichen, die Produktion wird dadurch noch mehr gesteigert und der Ziegelerbeiter kann die Dauer der Kampagne um einige Wochen abkürzen. Er erhält der Ziegelerbeiter in einer kürzeren Zeit für billigeres Geld ein noch höheres Quantum Steine, er spart damit Betriebs- und Produktionskosten. Der Arbeiter aber hat sich einige Monate täglich von früh bis spät abgeplagt, ohne etwas erkräftigen zu können, und während des Winters mag er sich mit Mutter Sorge die Zeit vertreiben. So lange die Arbeiter aber so wenig Vernunft zeigen und an ihrer eigenen Gesundheit Raubbau treiben, wird eine Veränderung nicht zu erwarten sein.

Es wird sich nun zeigen ob die Arbeiter die beschlossene Lohnkürzung stillschweigend hinnehmen, oder ob sie sich endlich einmal aufraffen, um den Profitkürzern die Fäbne zu zeigen. Das ist aber nur möglich, wenn sie sich unserer Organisation anschließen. Denn die beiden christlichen Verbänden, der Keramarbeiterverband und der Gewerksverein der lipptischen Ziegler, die in Rheinland-Westfalen ihr Domizil aufgeschlagen haben, werden auch hier den Beweis ihrer Unfähigkeit erbringen. Unsumme ist es Aufgabe aller Zieglerkollegen, unablässig für die Anklärung der inbisherigen Kollegen zu wirken. Bei der Abkürzung von Arbeitsverträgen ist darauf zu achten, daß eine Kündigungsfrist von höchstens 14 Tagen festgelegt wird, damit wir jederzeit freie Hand haben. Vor allem aber müssen wir dafür sorgen, daß die Parole: Her mit einer vernünftigen Arbeitszeit, her mit einem auskömmlichen Lohn, bei allen Ziegelerarbeitern Widerhall findet.

— Eine aufstrebende Arbeit für Arbeiterinnen

ist ohne Zweifel das Abnehmen der Formlinge an den Strangpressen. Die Arbeiterinnen müssen die fröhgepreßten, nassen Formlinge zu je drei Stück vom Abziehbearbeitungsapparat abnehmen. Ein frischer Formling (Reichsmas) wiegt 9 1/2 bis 10 Pfund, jedoch die Arbeiterinnen bei jedem Griff ein Gewicht von 28 1/2 bis 30 Pfund zu bewältigen haben. Rechnet man sich einen Strang pro Tag auch nur 15 000 Formlinge, so hat eine Arbeiterin täglich ein Gewicht von 1275 bis 1500 Zentner in den Händen zu transportieren. Infolgedessen sind Anschwellung der Handgelenke und Zerrung der Handgelenksbänder sehr häufige Erscheinungen, wie überhaupt der ganze weibliche Organismus unter diesen Anstrengungen stark leidet. In richtiger Erkenntnis der Gesundheitschädlichkeit dieser Beschäftigung hat es kürzlich ein Gewerbeinspektor gewagt, auf Grund des § 120a der Gewerbeordnung in einer Ziegerei diese Beschäftigung für Arbeiterinnen zu untersagen. Jeder Arbeiterinshand bedeutet aber für die Unternehmer eine Schwächung ihres Ausbeuterrechts und oft auch eine Schwächung ihres Gewinnes. Das ist für sie Grund genug, auch nur den leinsten Versuch, den winzigen Arbeiterinshand auszubauen, grimmig zu befehlen. So haben sich auch der Vorstand und Ausschuß des Komindustriellenverbandes in ihrer letzten Sitzung mit dem „Uebergang“ des Gewerbeinspektors befaßt. Es wurde dabei betont, daß durch die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 16. November 1903 die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiterinnen in Ziegereien genau geregelt und genau angegeben sei, welche Beschäftigungsarten für Frauen verboten sind. Das Abnehmen von Formlingen an der Strangpresse sei dort nicht als unterlag aufgeführt. Es müsse also erlaubt sein. Wenn der Gewerbeinspektor vorgiebt den § 120a der Gewerbeordnung zur Durchführung seiner Verfügung angegeben habe, so sei er damit „noch päpstlicher als der Papst.“ Es frage sich, ob tatsächlich der Gewerbeinspektor zu seiner Forderung berechtigt sei. Nach Ansicht der Unternehmer sind natürlich nur ihre Forderungen berechtigt, alles, was gegen ihre Profitinteressen verdirbt, ist unbedeutend. Daß das Abnehmen für Arbeiterinnen eine ungeeignete, schädliche Arbeit ist, wird von den Ziegelerbeitern nicht geleugnet. Es ist ihnen nur das Gefühl der Minderwertigkeit abgehenden gekommen, um diese Qualerei zu befehlen. Die Gesundheit der Arbeiter ist ihnen völlig gleichgültig, wenn nur ihr Gelobd nicht Schaden leidet. Die Organisation wird in Zukunft der Frauenarbeit in Ziegereien mehr Aufmerksamkeit schenken müssen, um die Ziegelerbeiter zur Innehaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu erziehen und andererseits ihnen mehr Achtung vor Arbeitergesundheit beizubringen. Vor allem aber müssen wir die Arbeiterinnen zu erziehen und zu unterstützen suchen, daß sie, wenn sie die Arbeit eines Mannes leisten sollen, auch den Lohn eines Mannes verlangen und erhalten.

— Verbot des Ziegelrodens auf den Ringöfen.

Es ist eine alte Leinwand, eben den Ringöfen Rodenzäume zu errichten, um so die dem Ofen einströmende Hitze zum Roden der Formlinge zu verwerten. Zu dem aus den Ringöfen entweichenden

dem gesundheitschädlichen Gasen stellen sich dann noch die aus dem Rodenzäume entweichenden Dämpfe, die durchaus nicht geeignet sind, den Gesundheitszustand der Brenner und der in der Roderei beschäftigten Personen zu heben. In den letzten Jahren wurde von verschiedenen Gewerbeinspektoren versucht, diesen Mißstand abzuheben, indem sie das Roden über den Ofen verboten, fanden aber dabei selbstverständlich nicht das Verständnis der Ziegelerbeiter. Von diesem Verbot ist auch der Ziegelerbeiter Wagner in May betroffen worden. Am 6. Januar 1906 erhielt er eine polizeiliche Verfügung, in welcher ihm auf Grund des § 120a und 120d der Gewerbeordnung aufgegeben wurde, auf dem Raume unmittelbar über dem Ringofen vom 1. April 1906 ab keine Arbeiter dauernd zu beschäftigen. Das war natürlich ein Eingriff in die Rechte des Ziegelerbeiters, so daß er sich entschloß, den Gewerbeinspektor zu befehlen. Um die Angelegenheit zur prinzipiellen Entscheidung zu bringen, machte der Verband deutscher Komindustrieller die Sache zu seiner eigenen. Aber zwei Jahre waren notwendig, um die Gelegenheit durch die verschiedenen Gewerbeinspektoren vor das Ministerium für Handel und Gewerbe zu bringen, das am 21. Mai 1908 die endgültige Entscheidung fällte. Die Beschwerde des Ziegelerbeiters wurde abgewiesen und ihm zur Ausführung der Polizeiverfügung eine Frist bis zum 1. August 1908 festgelegt. Auf Grund der Untersuchungen hat das kaiserliche Gesundheitsamt erklärt, daß der Arbeiter durch eine dauernde Beschäftigung über dem Ofen infolge der großen Hitze eine Schädigung ihrer Gesundheit erleiden.

Durch die endgültige Abweisung der Beschwerde durch den preussischen Minister für Handel und Gewerbe ist das Verbot des Ziegelrodens über dem Ringofen bestätigt. Leider erstreckt sich aber dieses Verbot nur über die Rodenzäume, die sich unmittelbar über dem Ofen befinden. Die Rodenzäume neben den Ringöfen sind nach wie vor erlaubt, obwohl das, was über die Schädigung der Gesundheit gesagt wurde, auch hier in vollem Maße zutrifft. Sache unserer Kollegen wird es sein, überall dort, wo derartige Rodenzäume über den Ofen bestehen, aus der Entscheidung des Ministers den richtigen Nutzen zu ziehen.

Rundschau.

Christliche Wohltätigkeit.

Der „Arbeiter“, das Organ der katholischen Facharbeiter, berichtet in Nummer 23 über eine Versammlung der christlichen Gewerkschaften in Pöbelingen (Württemberg). Der christliche Gewerkschaftsverband hatte die Versammlung einberufen und dazu den Arbeitersekretär Klepper (Facharbeiter) und zwei Kaplanen aus Pöbelingen (Freunde der Facharbeiter) eingeladen. In der Diskussion nahm der geladene Facharbeiter Klepper das Wort und vertrat den Standpunkt der Facharbeiter. Von einem Standpunkt kann man bei diesem sonstigen Menschen wohl kaum reden. (Dr. K.) Als er im Laufe seiner Ausführungen erklärte, daß nur die Facharbeiter die Güter des christlichen Sittengesetzes seien, unterbrach ihn der Vorsitzende und entzog ihm das Wort, weil er auf Religion zu sprechen kam. Das weitere schildert dann der „Arbeiter“ wie folgt:

„Zugleich stimmten der Vorsitzende, Referent und ihre Begleiter ein Verbot an, daß man glauben konnte, unter eine Bande Wapen geraten zu sein. Nachdem sich der Tumult in etwas gelegt, bemerkte einer der Herren Vikare: Meine Herren, ich glaube doch, Sie tun unrecht, wenn Sie sagen, das gehört nicht hierher. — Auf aus der Versammlung: Auch noch dieser S... Pfaff. Jetzt tönte vom Vorstandlich: Schmeißt doch diese Pfaffen hinaus, was haben die hier in unserer Versammlung zu tun, die gehören in die Kirche, nicht zu uns Arbeitern.“

Der Vorsitzende, sich an Klepper herandrängend, schrie: „Auch Sie werden hinausgeschmissen“, packte den Arbeitersekretär am Hals, suchte ihn zu würgen und hinauszuwerfen, wobei ihm andre hilfreiche Hand leisteten.“

Nachdem der Pöbelinger vermittelnd eingegriffen, und die Ruhe einigermaßen zurückgekehrt war, bemerkte Klepper dem Vorsitzenden: Ich hätte geglaubt, Gewerkschaftler, die sich christlich nennen, hätten wenigstens Achtung vor dem geistlichen Klerus, ich habe mich schwer getäuscht, ich schäme mich für Sie.

Auf des Vorsitzenden: Ein Pfaff oder ein S... drei

Hierauf wieder großer Tumult. Unter diesen Umständen wollten die Geistlichen nicht mehr zugehen sein und haben den Arbeitersekretär, mit ihnen die Versammlung zu verlassen. Beim Verlassen, dies zu tun, wurde der Arbeitersekretär noch sowohl vom Vorsitzenden, als von dessen Begleitern angehalten, mit Fausthieben und Fußtritten traktiert, bis er die Türe des Lokals hinter sich hatte. Auch wurde der Arbeitersekretär dabei an einer Hand leicht verletzt.

Wohlgelanten: diese Schilderung stammt aus einem populären christlichen Blatt. Demnach hätten sich die christlichen Kaufbrüder je geradezu regelhaft benommen. Aber liegt das Blatt der frommen Facharbeiter? Ausgeschlossen ist das nicht, denn das Gegenstück der Wahrheit ist bei den Facharbeitern ein gängiger Artikel. Es ist auch bekannt, daß die Christlichen und die Facharbeiter sich unter dem einigen Banner der christlichen Kirche recht unchristlich in den Parteien gegen. Verschnaufen sie aber mal, zu benutzen sie die Zeit, um ihrem „gemeinsamen Feind“, den freien Gewerkschaften, hinterlistig in die Waden zu kneifen. Der schüttelt den bissigen Mops ab und lacht darüber. Aus Wut geraten sie sich dann wieder gegenseitig in die Walle. Märktliche Käufe!

Wie es gemacht wird.

Die christlichen Gewerkschaften sind wirklich nicht so reaktionär, wie sie immer hingestellt werden. Sie können sich, wenn es sein muß, dem Fortschritte wohl anpassen. Nachfolgende Notiz der gutkatholischen „St. Johann-Saarbrüder Volkszeitung“ (Nr. 246 vom 23. Oktober 1908) beweist das.

„Um unsern braven Arbeitern derartige Fastnachtskerze vorzumachen, wird solviel Arbeitskraft, solviel Zeit und — solviel Geld verbrocht. Können denn wirklich unsere Gewerkschaftsleiter ihre und der organisierten Arbeiter Geld, Zeit und Arbeit nicht besser verwenden? Gibt es denn wirklich so wenig praktische Arbeit zu leisten, daß man immer nur Reden, Reden und nochmal Reden halten muß, Reden, die vielfach nur dazu dienen, die Gemüter zu erregen und für deren Anhören mitunter Gewerkschaftler von der Gewerkschaftsleitung noch extra bezahlt werden? Es wirkt doch gerade nicht sehr erhebend, wenn nach Ueberaumung von Gewerkschaftsversammlungen in einzelnen Orten auswärtige Gewerkschaftler Zuschriften erhalten, in denen ihnen für den Besuch der betreffenden Versammlung von der Bezirksleitung Willette S. Klasse und Speisen versprochen werden. Ein solches Originalschreiben liegt uns vor. Zu der „Lohnhäuser“-Versammlung (in St. Johann am 12. Oktober, Referent Wiesberts, D. Ver.) wurde einem Besucher sogar noch eine ausfallende Schicht vergütet. Daß solche Leute andauernd Bravo schreien, auch an den unangenehmsten Stellen, nimmt natürlich kein Wunder.“

Also ganz nach dem Vorbild eines modernen Theaters. Manquere wurden festlich und bezahlt, damit der Referent des „stärklichen Beifalls“ nicht verlustig geht. Angefichts solcher Extravaganzen sind die hohen Ausgaben für Agitation bei den Christlichen natürlich.

Zuckerrefinanz und Tuberkulose.

Zwei französische Ärzte haben in der französischen Akademie der Medizin in Paris (München, Medizin, Wochenschrift) den Versuch gemacht, die Häufigkeit der Tuberkulose bei den Zuckerrefinanzern nachzuweisen. In weniger als drei Jahren haben sie in einem Ambulatorium 180 Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit Augenuntersuchung befreit waren (ca. 10% der beteiligten Arbeiterzahl) beobachtet. Sie glauben, daß der Zuckerfäulnis mit seinen kristallinischen Beimengungen die Augenabseulen verleihe und zur Infektion vorbereite.